wirtschafts—dialoge

2 | 2025

Das Mitgliedermagazin der Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar

WIE GELINGT DIE BALANCE?

So können Unternehmen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf helfen

NEUE REGIERUNG

Hauptgeschäftsführer der IHK warnt vor weiteren Schulden

INTERVIEW

Hessische Ministerin für Arbeit über den Fachkräftemangel

REGELN FÜR DIE KI

Neues Gesetz der EU betrifft die Nutzung Künstlicher Intelligenz

IHK Darmstadt Rhein Main Neckar

Büromöbel

Ankauf ▪ Verkauf ▪ Vermietung

Folgen Sie uns auf Social Media:

Clever statt neu!

Alle Marken und Preisklassen – USM | Steelcase | Vitra | bene | König+Neurath | Interstuhl uvm.

Second Hand Partner USM

Sichern Sie sich unsere Top-Angebote!

Sedus Bürodrehstuhl

Polster schwarz
Netz-Rückenlehne grau

JETZT SCANNEN

199 €* UVP: 699 €

Ceka E-Schreibtisch

elektrisch höhenverstellbar
160 x 80 cm, Ahorn

JETZT SCANNEN

249 €** UVP: 729 €

gebraucht kaufen nachhaltig handeln

10% Rabatt sichern

in unserem Onlineshop

bei Anmeldung zum Newsletter

Gebrauchte Büromöbel zu Spitzenpreisen.

Vor Ort & online verfügbar!

Öffnungszeiten Ladengeschäft:
Mo–Fr | 7–18 Uhr | jd. 1. Sa im Monat 9–13 Uhr

www.ks-büromöbel.shop

* Preise inkl. MwSt. Solange der Vorrat reicht.
** Nicht mit anderen Rabattaktionen kombinierbar.

KS Büromöbel GmbH ▪ Wiesenstraße 2 ▪ 64347 Griesheim ▪ 06155 8367-800 ▪ shop@ks-bm.de

Foto: stock.adobe.com/giulia186

LIEBE ALLTAGS-JONGLEURE,

vielleicht erkennen Sie sich und Ihren Alltag beim Blick auf unser Cover wieder: Termine auf der Arbeit, Deadlines und Meetings, dazu der private tägliche Berg an To-dos, mit spontan ausfallenden Kita-Betreuungszeiten oder dem Wunsch eines älteren Angehörigen, ihn doch bitte zum Arzt zu begleiten – es ist ein täglicher Wettlauf gegen die Zeit und eine Herausforderung, alle beruflichen und privaten Erwartungen unter einen Hut zu bringen. Daher haben wir dem Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie einen Schwerpunkt gewidmet (ab Seite 14). Wir lassen südhessische Unternehmen zu Wort kommen, wie sie ihren Angestellten unter die Arme greifen – wo aber auch die Grenzen liegen. Außerdem präsentieren wir Erkenntnisse einer neuen Studie, die erforscht hat, was sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrem Arbeitgeber wünschen. Überraschende Erkenntnis: Übermäßig flexible Arbeitszeiten liegen in der Gunst gar nicht so weit vorne.

»ES IST EIN TÄGLICHER WETTLAUF GEGEN DIE ZEIT, ALLE BERUFLICHEN UND PRIVATEN ERWARTUNGEN UNTER EINEN HUT ZU BRINGEN.«

Von der familiären Ebene weiten wir den Blick auf bundesweite Probleme und Hiobsbotschaften. Die Konjunktur lahmt, auch Südhessen kann sich von übergeordneten Entwicklungen nicht frei machen und steckt in der Rezession (siehe jüngste Konjunkturumfrage, Seite 28). Und auch die Bau- und Immobilienbranche in der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main sendet alarmierende Signale, was sich etwa an sinkenden Baugenehmigungs- und Fertigstellungsraten ablesen lässt (siehe Seite 33). Zwar ist noch keine neue Bundesregierung im Amt, doch soll bereits jetzt viel Geld in die Hand genommen werden, um die Probleme des Landes anzugehen. Keine allzu gute Idee, findet IHK-Hauptgeschäftsführer Robert Lippmann, der in seinem Kommentar mahnt, wir müssten aufhören, Krisen allein mit Schulden lösen zu wollen (Seite 13).

Die Hoffnung auf eine Trendwende der Wirtschaft hegen viele Unternehmen durch den Einsatz von KI und fortschreitende Digitalisierung. Doch müssen sie sich mit dem AI Act auseinandersetzen, einem Gesetzeswerk, das erstmals Regeln für die Nutzung und Entwicklung Künstlicher Intelligenz im EU-Raum festlegt. Was auf Unternehmen zukommt, lesen Sie ab Seite 34.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Matthias Voigt
Redaktionsleitung Wirtschaftsdialoge,
IHK Darmstadt Rhein Main Neckar

INHALT

Bei der Konjunkturumfrage sehen

67 %

der Unternehmen die schleppende Inlandsnachfrage als größtes Risiko ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. (Seite 28)

Sabine Heil leitet das Seniorenhaus Rheinblick und gibt eine Einschätzung zum Thema Pflege. Foto: Roger Richter

Editorial
Seite 03

Kurzes aus'm Bezirk
Seite 06

Termine
Seite 48

Es ist amtlich
Seite 50

Lesestoff
Seite 53

Treffpunkt
Seite 56

SCHWERPUNKT: BERUF UND FAMILIE

Damit der Job zum Leben passt Ob bei Kinderbetreuung oder Pflege – die Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielt für immer mehr Menschen eine zentrale Rolle bei der Wahl des Arbeitsplatzes. Für Arbeitgeber bedeutet das oft einen organisatorischen Mehraufwand. Doch wer hier attraktive Angebote macht, profitiert am Ende nicht zuletzt im Rennen um Fachkräfte. 14

Wenn Frauen in die Teilzeitfalle tappen Wie lassen sich Beruf und Familie gut vereinen? Das erforscht Dr. Andreas Jansen von der Uni Duisburg-Essen. Neben einem Überblick über seine neueste Studie gibt er Tipps, wie Betriebe ihren Angestellten den Alltag erleichtern können. 20

SONDERTHEMA IHK-IMMOBILIE

Weiterentwicklung der IHK-Immobilie Die IHK-Vollversammlung hat einstimmig die ersten Weichen für eine Weiterentwicklung der IHK-Immobilie in der Rheinstraße 89 in Darmstadt gestellt. Ein Ideenwettbewerb mit mehreren Architektenbüros soll den Grundstein für eine moderne und bedarfsgerechte Liegenschaft legen. 24

Die Sache mit der Nummer ...

Wenn wir in unseren Artikeln auf die Website der IHK Darmstadt verweisen, geben wir auch eine ➜ Nummer an. Die tippen Sie einfach ins Suchfeld unserer Website ein und kommen so schnell zur gewünschten Information.

Diana Dequis (Recruiting bei Friedrich Friedrich) erklärt die Vorzüge des Ausbildungsbotschafterprogramms. Foto: Marianna Dvorkin

»ICH KANN SO NICHT ARBEITEN – WEIL SICH BÜROKRATIE UND KOSTEN TÜRMEN.«

Burkhard Vetter
Geschäftsführer von Vetter Moden in Bürstadt
(Seite 32)

MÄRKTE & STANDORT

»Wir müssen alle Ressourcen nutzen« Heike Hofmann ist hessische Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales. Im Interview erklärt sie, welche Hoffnungen sie auf KI zur Bekämpfung des Fachkräftemangels legt – und wo wir alle noch eine Schippe drauflegen müssen. 26

Die Rezession verfestigt sich Die südhessische Wirtschaft kommt nicht aus dem konjunkturellen Tal. Die Geschäfte laufen eher schlechter als im Herbst. Das geht aus der Konjunkturumfrage der IHK Darmstadt zum Jahresbeginn hervor. 28

Auftragsmangel im Wohnungsbau auf Rekordniveau Strukturelle Hemmnisse und gestiegene Kosten belasten die Bau- und Immobilienwirtschaft in der Region Frankfurt-Rhein-Main. 33

SERVICE

Regeln für KI in Europa Mit dem Artificial Intelligence Act (AI Act) legt die EU einen Rahmen fest, um vertrauenswürdige KI und verantwortungsvolle KI-Innovationen in Europa zu fördern. Unternehmen, die KI entwickeln oder nutzen, werden von den Regeln betroffen sein. 34

FACHKRÄFTE

Azubis zeigen, wie Ausbildung wirklich ist Wer könnte die duale Ausbildung besser bewerben als Auszubildende selbst? Die Ausbildungsbotschafter*innen geben Schulklassen Einblicke in die Praxis. 44

Neues Angebot: Fachberatung für Inklusion Die IHK Darmstadt unterstützt Unternehmen dabei, Menschen mit Behinderung so in den Betrieb zu integrieren, dass beide Seiten profitieren. 46

IM PORTRÄT

CO_2 und Licht – sonst nichts! Mikroalgen produzieren mehr Biomasse pro Oberfläche als jeder andere Organismus. Das macht sich Algoliner aus Messel zunutze. Das Unternehmen baut vollautomatische Produktionsstätten für die vielseitig verwendbaren Algen. 54

KURZES AUS'M BEZIRK

PERSONALIEN

Matthias Martiné. Foto: Roger Richter

IHK Darmstadt

IHK-PRÄSIDENT MATTHIAS MARTINÉ LEGT SEIN MANDAT GEPLANT NIEDER

Der Präsident der IHK Darmstadt, Matthias Martiné, wird zur nächsten Sitzung der Vollversammlung am 17. Juni sein Mandat geplant niederlegen. Das erklärte er in der jüngsten Sitzung des Gremiums. »Hintergrund für die Entscheidung ist meine hauptberufliche Tätigkeit, die mich auch in den kommenden Monaten weiterhin stark fordern wird. Daher kann ich diesem anspruchsvollen Ehrenamt bei der IHK nicht weiter im gebotenen Umfang gerecht werden«, erklärte Martiné. »Bis zur nächsten Vollversammlungssitzung werde ich meine Aufgaben als IHK-Präsident weiter voll wahrnehmen.« Als Nachfolger schlug Martiné den Odenwälder Unternehmer Christian Jöst, Geschäftsführer der Jöst Abrasives GmbH in Wald-Michelbach, vor. Jöst ist aktuell einer von sechs Vizepräsident*innen der IHK Darmstadt. Die Kandidatur für das Präsidentenamt steht allen 72 Mitgliedern der IHK-Vollversammlung offen. Matthias Martiné, hauptamtlich Vorstandsmitglied der Volksbank Darmstadt Mainz, ist seit 2019 Präsident der IHK Darmstadt, nach der Vollversammlungswahl vor einem Jahr war er in seinem Amt bestätigt worden. Bereits von 2014 bis 2019 war er als Vizepräsident Mitglied des IHK-Präsidiums. Aus der Mitte der Vollversammlung heraus wird in der kommenden Sitzung der oder die neue Präsident*in gewählt. Der Präsident arbeitet wie alle anderen Mitglieder des Gremiums zu 100 Prozent ehrenamtlich.

Messer Cutting Systems und Falk

JÖRG MOSSER UND DR. ALEXANDER WÜNSCHE NEU IN DER IHK-VOLLVERSAMMLUNG

Die Vollversammlung der IHK Darmstadt hat mit Jörg Mosser und Dr. Alexander Wünsche zwei neue Mitglieder. Mosser ist CEO Europe von Messer Cutting Systems (Groß-Umstadt). Seit der Sitzung vom 5. März 2025 nimmt er einen Platz in der Wahlgruppe Industrie ein. Für die IHK Darmstadt engagiert sich Jörg Mosser, weil er dafür eintreten möchte, dass sich die Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit klar positioniert. Zuvor hatte Ralf Lokay von der gleichnamigen Druckerei in Reinheim sein Mandat niedergelegt. Der zweite Nachrücker, Dr. Alexander Wünsche, ist Geschäftsführer der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Falk mit Hauptsitz in Heidelberg. Er leitet die Niederlassung in Heppenheim und vertritt die Wahlgruppe Beratung und Managementleistungen. Wünsche möchte sich für eine konstruktive Begleitung von Gesetzesvorhaben im Sinne der Unternehmen einsetzen. Er rückt für Alexander Berger von Smart Data Deutschland in Darmstadt nach.

www.messer-cutting.com
https://falk-co.de

Jörg Mosser (oben) und Dr. Alexander Wünsche. Fotos: Jens Steingässer

Anne-Laure Bigot (links) und Claudia Lässig. Foto: Lässig

Lässig

ANNE-LAURE BIGOT WIRD CEO

Claudia Lässig, Gründerin und geschäftsführende Gesellschafterin der Lässig GmbH, hat sich nach 18 Jahren aus der operativen Geschäftsleitung zurückgezogen. Zu Beginn des Jahres hat Anne-Laure Bigot die Rolle der CEO von Claudia Lässig übernommen, die als Beraterin, Gesellschafterin und Mitglied im Beirat eng mit dem Unternehmen verbunden bleibt. Anne-Laure Bigot wird in der Mitteilung als international erfahrene Markenexpertin und versierte Führungspersönlichkeit beschrieben, die sich erfolgreich in die Strategien zur internationalen Weiterentwicklung führender Marken wie Cybex und der Paidi Möbel eingebracht habe. Die neue Geschäftsleitung besteht aus Anne-Laure Bigot und Karin Heinrich.

www.laessig-fashion.de

Jan-Felix Thomas. Foto: Hermes Fulfilment

Hermes Fulfilment

NEUER BETRIEBSLEITER IN GERNSHEIM

Jan-Felix Thomas (31) ist neuer Betriebsleiter von Hermes Fulfilment in Gernsheim. In dieser Funktion ist er vor allem für das operative Geschäft des Logistikzentrums verantwortlich, in dem eine Sortimentsbreite von Bekleidung über Kleinmöbel bis hin zu Elektrogroßgeräten logistisch abgewickelt werden kann. Thomas hat die Leitung von Jörg Reichenbach übernommen, der in gleicher Funktion weiterhin den Standort Langenselbold führt. Vor seinem Wechsel zu Hermes Fulfilment war Thomas als Bereichsleiter und stellvertretender Standortleiter bei Amazon Logistics und später als Leiter des Versandzentrums Süd bei dem Schuhhändler Deichmann tätig. Rund elf Millionen Sendungen pro Jahr können in dem Versandzentrum in Gernsheim logistisch abgewickelt werden.

www.hermes-fulfilment.de

Rudolf Lacher. Foto: Lacher Großküchen

Lacher Großküchen

SCHLUSS NACH 35 JAHREN

Zum 30. April scheidet Rudolf Lacher als Geschäftsführer aus dem Unternehmen Lacher Großküchen aus. Nach 35 Jahren als kaufmännischer Geschäftsführer geht damit ein entscheidendes Kapitel der 105-jährigen Firmengeschichte zu Ende. Sein Bruder Martin Lacher wird ab Mai zusammen mit Thilo Jörg, Mitgesellschafter und Chief Operating Officer, die Geschicke des Darmstädter Unternehmens lenken. Ihnen zur Seite stehen Martin Vonhof im Handelsvertrieb und Riccardo Guidone, der zusammen mit Martin Lacher die Projektabteilung leitet. Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte hat sich Großküchen Lacher immer mehr von einem Handelsunternehmen zu einem Unternehmen entwickelt, das im deutschsprachigen Raum als Systemlöser für die Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung bekannt ist. Rudolf Lacher war etliche Jahre unter anderem als Sprecher der Wirtschaftsjunioren Darmstadt-Südhessen engagiert.

www.lacher.de

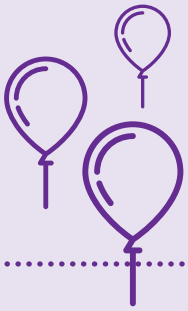
Oliver Hobitz (links) und Silke Wiesenäcker. Foto: BMW-Niederlassung Darmstadt

BMW-Niederlassung Darmstadt

WECHSEL AN DER SPITZE

An der Spitze der BMW-Niederlassung Darmstadt gibt es einen Wechsel: Seit 1. Februar verantwortet Silke Wiesenäcker den Standort. Sie folgt auf Oliver Hobitz, der die Position seit 2015 innehatte und in den Ruhestand gegangen ist. Silke Wiesenäcker ist seit 2001 für den BMW-Konzern tätig. Zuletzt war die 47-Jährige kaufmännische Leiterin im Verbund Südwest mit Sitz in Stuttgart. Als eines der nächsten Projekte steht der umfassende Umbau der Niederlassung Darmstadt an.

www.bmw-darmstadt.de



JUBILÄEN

25 Jahre

VESPERSTUBE UND BIERGARTEN DAUMSMÜHLE

In Mossautal bietet Familie Scior-Walther ihren Gästen Freizeitaktivitäten und Entspannungsmöglichkeiten. Auf einem Ferienbauernhof werden Ferienwohnungen vermietet. Im angeschlossenen Lokal mit Biergarten gibt es neben Odenwälder Spezialitäten wie Kochkäse mit Musik oder Hausmacher Wurst verschiedene Schnitzel-Variationen und diverse vegetarische Gerichte.

www.daumsmuehle.de

25 Jahre

BRANDSCHUTZ KLING

Brandschutz Kling aus Lampertheim bietet seit 25 Jahren zuverlässige Lösungen in den Bereichen Brandschutz, Sicherheitstechnik und Arbeitssicherheit an. Das Leistungsspektrum umfasst dabei neben Beratung, Planung, Verkauf und Montage auch die Bereiche Wartung und Service. Von Feuerlöschern über Rauchmelder und Brandschutztüren bis zu Flucht- und Rettungswegeplänen oder Rauch- und Wärmeabzugsanlagen – die Produkte und Dienstleistungen werden auf die Bedürfnisse der Kunden abgestimmt.

25 Jahre

GÖHDE DRUCK UND MEDIEN

Göhde Druck und Medien aus Darmstadt ist Druckerei und Agentur für klassische Printmedien in Einem. Das Spektrum umfasst die hauseigene Produktion sowie das Erstellen von Druckdaten und Inhalten für digitale Medien. Das Unternehmen von Geschäftsführer Florian Göhde bietet zudem Lettershop-Leistungen an und versendet Mailings für seine Kund*innen.

www.goehde-druck-medien.de

25 Jahre

DEIF

Die Danish Electro Instrument Factory-Gruppe (DEIF) produziert umweltschonende, sichere und zuverlässige Steuerungen für dezentrale Energieversorgungsanlagen an Land und zu Wasser. Sie ist mit über 550 Beschäftigten in mehr als 50 Schlüsselmärkten in allen Regionen der Welt vertreten. Einer der Standorte befindet sich in Bensheim.

www.deif.de

25 Jahre

IP

Das Unternehmen IP unterstützt Kund*innen bei der Anlage ihres Geldes. Die Dienstleistung des Unternehmens aus Bensheim umfasst Finanzberatung aller Art, so zum Beispiel Anlageberatung mit Schwerpunkt Börse, ganzheitliche Finanzplanung oder auch Ruhestandsplanung mit Altersvorsorge. Die Geschäftsführung hat Tilman Rüthers inne.

www.top-beratung.de

25 Jahre

PREVENTOR µTBC

Preventor µTBC wurde 1998 von Prof. Dr. Paul Kerth in Pfungstadt gegründet und im April 2002 als Public-private-Partnership mit der Hessen Life Sciences Chemie AG des Landes Hessen ausgebaut. Das Leitmotiv seit der Gründung ist die Entwicklung und der Vertrieb innovativer Produkte in allen Bereichen der Arzneimittelsicherheit.

www.preventor.de

25 Jahre

CAFFÉ MOLENTINO

In Groß-Bieberau betreibt Nicola Molentino ein italienisches Restaurant, das im Sommer zusätzlich als Eiscafé fungiert. Die fünf Mitarbeiter*innen des Lokals sorgen nicht nur für freundliche Atmosphäre, sondern auch für hausgemachten Kuchen, Speiseeis und die Zubereitung der traditionellen Gerichte.

https://caffe-molentino.de

25 Jahre

LUTZ GEISS IMMOBILIEN

Seit der Gründung im Jahr 2000 verkauft und vermietet Lutz Geiss Immobilien in Roßdorf und Umgebung. Lutz Geiss berät seine Kund*innen in allen Fragen rund um die Immobilie und begleitet sie bis zur Schlüsselübergabe. Lutz Geiss ist in Roßdorf-Gundernhausen geboren, wo sich auch der Firmensitz befindet.

www.lutz-geiss-immobilien.de

25 Jahre

ENMORE CONSULTING

Enmore Consulting berät kleine, mittlere und große Energieversorger bei deren Aufgaben rund um regulatorische Prozesse und die entsprechenden IT-Applikationen. Seit ihrer Gründung hat sie den Wandel der Versorgungsbranche mit ihrem Beratungsportfolio begleitet. Heute setzt ein Expertenteam von 68 Mitarbeitenden um Vorstand Michael Köster komplexe Anforderungen an den künftigen

Energiemarkt und die Digitalisierung der Energiewende in vielen Transformationsprojekten um.

www.enmore.de

25 Jahre

RECKLIES MANAGEMENT PROJECT

Geschäftsinhaberin Dagmar Recklies konzentriert sich darauf, Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen zu beraten, wie sie sich erfolgreich am Markt positionieren können und weitere Kund*innen gewinnen. Zudem unterstützt sie das Marketing durch abgestimmte Angebote. Sie hilft bei der Ideenfindung, schreibt Texte und produziert Podcasts. Der Firmensitz befindet sich in Rüsselsheim.

www.reckliesmp.de

Martin Proba (Mitte, IHK Darmstadt) mit den beiden Geschäftsführern Thomas Rapp (links) und Andreas Rapp. Foto: Markus Schmidt

75 Jahre

HUGO RAPP GETRÄNKEVERTRIEB

Der Getränkefachgroßhandel in Kelsterbach wurde am 1. Februar 1950 von Dorothea Rapp gegründet und bis 1969 geleitet. Danach übernahmen ihr Sohn Hugo Rapp und seine Frau Ingrid Rapp die Geschäftsführung. Heute führen deren Söhne Thomas und Andreas Rapp das Unternehmen in dritter Generation. Privatkund*innen können entweder vor Ort einkaufen oder die Ware nach Hause liefern lassen. Außerdem gehört ein Gastro- und Festservice mit Getränkewagen zum Angebot. Er kommt bei Veranstaltungen wie zum Beispiel Firmenfeiern, Hochzeiten, Festivals oder Sportevents zum Einsatz. Für kleinere Anlässe werden auf Wunsch unter anderem auch Bierzeltgarnituren, Gläser und Sonnenschirme geliefert.

www.getraenkerapp.de

Von links: IHK-Hauptgeschäftsführer Robert Lippmann, Hartmut Kälberer (Geschäftsführer Loroch), Michael Fendrich (Leiter Technik & Entwicklung bei Loroch) sowie IHK-Vizepräsident Christian Jöst. Foto: Arndt Falter

125 Jahre

LOROCH

Die Firma Loroch ist aus einem Handwerksbetrieb hervorgegangen, der von Josef Loroch in Heidelberg gegründet wurde. In seiner 125-jährigen Geschichte entwickelte sich der Betrieb zu einem weltweit tätigen Industrieunternehmen. Produziert werden Maschinen zum Schärfen von Kreissägeblättern und Bandsägen. Die Produktpalette beinhaltet sowohl einfache, manuelle Maschinen als auch vollautomatische Service-Center. So stehen Maschinen für alle Einsatzgebiete zur Verfügung. Das Unternehmen von Geschäftsführer Hartmut Kälberer legt großen Wert auf den Kundenkontakt. Aus Gesprächen mit Anwender*innen und anderen Einflüssen entstehen Neuentwicklungen, die auf internationalen Messen vorgestellt und auf den Markt gebracht werden.

www.loroch.de

175 Jahre

SÄGEWERK GEHRISCH

Das Sägewerk Gehrisch ist ein Familienunternehmen, das im Jahr 1850 gegründet wurde. Mit einer kleinen Sägemühle in Winterkasten im Odenwald fing die Betriebsgeschichte an. 1977 wurde das Gelände für anstehende Erweiterungen zu eng. Daher zogen die Produktion und Verwaltung nach Hoxhohl in Modautal. Dort hat das Sägewerk bis heute seinen Sitz. Das Unternehmen liefert Schnitthölzer und Holzwerkstoffe an Großkunden aus Handel, Industrie und Handwerk in Südhessen. Das verwendete Holz stammt überwiegend aus nachhaltiger Forstwirtschaft aus dem Odenwald. Das 15-köpfige Team rund um Geschäftsführer Philipp Gehrisch und Sascha Marasek bezieht seine Rohstoffe von staatlichen, kommunalen und privaten Waldbesitzern.

www.saegewerk-gehrisch.de

Von links: IHK-Hauptgeschäftsführer Robert Lippmann, Sascha Marasek (Geschäftsführer von Sägewerk Gehrisch) und IHK-Präsident Matthias Martiné. Foto: Klaus Mai

Bereits im Jahr 2024 wurden die ersten Goldnuggets aus kommunalen Abfällen hergestellt. Foto: PX Group

GOLD-NUGGETS AUS LOKALEM ABFALLSTROM

Brain Biotech aus Zwingenberg, ein führender Anbieter von Lösungen für die Biologisierung der Industrie, weitet seine Partnerschaft mit der PX Group, einem Experten für die Rückgewinnung von Edelmetallen aus verschiedenen Stoffströmen, aus. Dies ist das Ergebnis einer erfolgreichen Zusammenarbeit im Rahmen einer Initiative, bei der die Machbarkeit der biologischen Rückgewinnung von Gold aus Elektronikschrott und anderen goldhaltigen Nebenströmen gezeigt wurde. Konkret wurde der BioXtractor, eine mobile Containeranlage, von Brain Biotech entwickelt und von der PX Group finanziert, um Metalle biologisch zu extrahieren. In der zweiten Version wurde die Anlage derart verfeinert, dass im Jahr 2024 bereits die ersten Goldnuggets aus kommunalen Abfällen produziert werden konnten. Nun soll die Anwendbarkeit der Anlagen auf weitere Nebenströme ausgeweitet werden. Fernziel ist es, alle Materialien in Elektroschrott, einschließlich Kupfer, Kunststoffe und andere Metalle, zu recyceln. Weltweit werden jährlich etwa 4.000 Tonnen Gold benötigt. Etwa 67 Prozent dieses Goldes werden noch immer aus primären Erzen gewonnen, heißt es von Brain Biotech. Angesichts sinkender Erzqualitäten und steigender Explorationskosten sowie negativer Umweltauswirkungen werde dieser Ansatz zunehmend infrage gestellt. Die erweiterte Zusammenarbeit zwischen Brain Biotech und der PX Group ist ein wichtiger Bestandteil der PX Urban Mining Initiative, eines Netzwerks aus Industrie und Wissenschaft, das sich auf die Entwicklung und Umsetzung bahnbrechender, komplementärer Technologien konzentriert, um den Markt mit rückverfolgbaren und verantwortungsvoll gewonnenen Metallen aus urbanen Quellen zu versorgen.

www.brain-biotech-group.com

Die drei Geschäftsführer Kevin Klöber (von links), Horst Klöber und André Hunsicker. Foto: Klöber

KLÖBER UNTER DEN TOP 100 INNOVATOREN DEUTSCHLANDS

Klöber Versicherungsmakler aus Darmstadt hat den Innovationspreis »Top 100« erhalten und gehört damit offiziell zu den 100 innovativsten Unternehmen Deutschlands. Die wissenschaftliche Auswahl erfolgte durch Prof. Dr. Nikolaus Franke, den Leiter des Instituts für Entrepreneurship und Innovation an der Wirtschaftsuniversität Wien. Die feierliche Preisverleihung findet am 27. Juni 2025 in Mainz im Rahmen des Deutschen Mittelstands-Summits statt. Seit der Gründung vor 25 Jahren hat sich das familiengeführte Unternehmen kontinuierlich weiterentwickelt und als innovativer und verlässlicher Partner im Versicherungssektor etabliert. Nach einem umfassenden Rebranding im vergangenen Jahr hat das Unternehmen nicht nur seine Markenidentität gestärkt, sondern nun auch seinen Innovationsgeist unter Beweis gestellt. Neben Innovation und Wachstum legt Klöber großen Wert auf soziales Engagement, so etwa für die DKMS, für die Tafel und die Caritas in Darmstadt.

https://kloeber-vm.de

Prof. Dr. Eva Waller, Präsidentin der Hochschule RheinMain (vorn in der Mitte) mit Wissenschaftler*innen und Beiratsmitgliedern des Forschungszentrums Azare. Foto: Volker Dziemballa

GEMEINSAM AUF DEM WEG ZUM NACHHALTIGEN ENERGIESYSTEM

Die Hochschule RheinMain hat das interdisziplinär besetzte Forschungszentrum Azare gegründet, um alle regenerativen Energieformen zur Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Industrie ökologisch und ökonomisch zu untersuchen. Dem Zentrum unter Leitung von Prof. Dr. Birgit Scheppat gehören 16 Fachleute der Hochschule RheinMain an, die verschiedenste Forschungsbereiche von elektrischen Antrieben über Nanotechnologien bis hin zu Kühltechnik vertreten. Das Anwendungszentrum für alle regenerativen Energieformen soll Lösungsansätze entwickeln, wie der Wandel hin zu einem nachhaltigen Energiesystem vorangetrieben werden kann. Es soll zudem Partner für Kommunen und Unternehmen werden, die Energiewende-Projekte verwirklichen möchten. Nun hat sich der Beirat des Zentrums konstituiert, dem Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft angehören. Er soll die Arbeit von Azare lenken und dabei das Ziel der Dekarbonisierung im Blick behalten. Zur Vorsitzenden des Beirats wurde die Hauptgeschäftsführerin der IHK Wiesbaden Sabine Meder gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende stehen ihr Robert Lippmann, Hauptgeschäftsführer der IHK Darmstadt, und Ulrich Schmidt, Aufsichtsratsmitglied bei der MEWA Textil- Service SE, zur Seite.

www.hs-rm.de/de/azare

NEUE PARTNER FÜRS MITTELSTAND-DIGITAL ZENTRUM

Das Mittelstand-Digital Zentrum Darmstadt gewinnt mit der Wirtschaftsförderung Frankfurt und der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main zwei weitere Partner, um die Unterstützung mittelständischer Unternehmen im Rahmen der digitalen Transformation voranzutreiben. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung wurde von den drei Partnern Ende Januar unterzeichnet. Das Ziel ist, Gründer*innen, Fachkräften und Unternehmer*innen die Möglichkeiten der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz aufzuzeigen. Durch die Vermittlung von praxisnahem Wissen unterstützt das Mittelstand-Digital Zentrum KMU dabei, den Mehrwert von KI zu erkennen und sich auf ihre Einbindung vorzubereiten. Dadurch sollen Mittelständler KI-Technologie effektiver nutzen können. Vielfach ist hierfür zunächst eine Digitalisierung von Prozessen notwendig. Die Wirtschaftsförderung Frankfurt und die Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main sind in der Metropolregion bestens vernetzt. »Wir sind überzeugt, dass wir durch die gemeinsame Ansprache regional ansässiger Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der digitalen Kompetenzen – insbesondere im Hinblick auf KI – leisten können«, sagte Nik Weisbrod, Geschäftsführer des Mittelstand-Digital Zentrums Darmstadt.

https://digitalzentrum-darmstadt.de

Anzeige

Rund 2.500 Module umfasst die neue Photovoltaikanlage auf der Zentrale von Suzuki Deutschland in Bensheim. Foto: Suzuki Deutschland

SAUBERE ENERGIE FÜR DIE DEUTSCHLANDZENTRALE VON SUZUKI

An seinem Standort in Bensheim hat der japanische Hersteller von Motorrädern, Autos und Außenbordmotoren eine neue Photovoltaikanlage in Betrieb genommen. Die Anlage wurde von Mai bis Dezember 2024 auf dem Dach des Bürogebäudes und des Lagers von Suzuki Deutschland installiert. Mit insgesamt rund 2.500 Paneelen deckt sie eine Fläche von circa 11.500 Quadratmetern ab, was in etwa der Größe von zwei Fußballfeldern entspricht. Die PV-Anlage produziert eine Leistung von circa 1.109 Kilowattpeak (kWp). Von der erwarteten Jahresleistung von etwa 965.000 kWh wird Suzuki Deutschland voraussichtlich 90 Prozent selbst nutzen. Die Anlage soll CO_2-Emissionen in Höhe von etwa 700 Tonnen pro Jahr einsparen. Zwischenspeichern lässt sich der produzierte Sonnenstrom in einem Stromspeicher mit einer Kapazität von 1.500 kWh. Daneben sorgen auch zahlreiche kleinere Maßnahmen, die kontinuierlich umgesetzt werden sollen, für eine Senkung des Energieverbrauchs. So wurde kürzlich im kompletten Lager, dem größten Energieverbraucher am Standort von Suzuki Deutschland, das Lichtkonzept modernisiert und auf effiziente Technologien umgestellt. In kürzester Zeit seien dadurch wesentliche Einsparungen nachgewiesen worden. Außerdem soll zeitnah auf dem Firmengelände in Bensheim eine Ladeinfrastruktur für rund 40 Fahrzeuge errichtet werden.

www.suzuki.de

MEHRWEGVERPACKUNGEN FÜR EUROPAWEITEN VERSAND VON E-BIKES

Als erster Hersteller der Fahrradbranche setze Riese & Müller ab sofort standardmäßig Mehrwegverpackungen für den europaweiten Versand von E-Bikes ein, heißt es in einer Pressemitteilung des Mühltaler Unternehmens. Das Konzept wurde vorab in mehrmonatigen Testläufen erprobt, nun startet der Serienbetrieb mit mehr als 1.000 Händlern in Europa. Zum Einsatz kommen Boxen aus Kunststoff, die bis zu 30 Mal wiederverwendet werden können. Im Vergleich zu herkömmlichen Verpackungen könnten so über 70 Prozent CO_2 und bis zu 210 Kilogramm Kartonage über den gesamten Lebenszyklus einer einzelnen Box eingespart werden, rechnet Riese & Müller vor. »Von der ersten Idee über die Prozessentwicklung bis hin zur flächendeckenden Einführung haben wir ein Mehrwegsystem vorangetrieben, das als fertiges Konzept für die gesamte Fahrradbranche dienen kann. Wir wollen nicht der einzige Hersteller bleiben, der Mehrwegboxen für den Versand nutzt«, sagt Dr. Sandra Wolf, geschäftsführende Gesellschafterin des Unternehmens. Hergestellt aus 60 Prozent recyceltem Polypropylen (PP) ist die »BikeBox« besonders robust. Nach der Auslieferung an den Händler wird sie von diesem gefaltet und platzsparend an Riese & Müller zurückgeschickt. Dort wird die Box geprüft und tritt erneut in den Versandkreislauf ein. Am Ende der Nutzungsphase kann sie vollständig recycelt werden.

www.r-m.de

Die sogenannte »BikeBox« besteht aus 60 Prozent recyceltem Polypropylen und gilt als besonders robust. Foto: Riese & Müller

Anzeige

CONTAINERDIENST AUST
Zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb
Telefon +49 (0) 6152 55740 | www.aust-gg.de

»Wir müssen aufhören, Krisen allein mit Schulden zu lösen«

Ein Kommentar zur Bundestagswahl von Robert Lippmann, Hauptgeschäftsführer der IHK Darmstadt

Noch bevor die neue Bundesregierung ihre Arbeit überhaupt aufgenommen hat, wird viel Geld mobilisiert, um Deutschlands Probleme zu lösen. Unbestritten, Deutschland muss viele Milliarden in die Hand nehmen, um schnellstmöglich die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes zu erhöhen – oder sie überhaupt erst sicherzustellen. Die veränderte Sicherheitslage erfordert das.

Doch nicht jedes Problem lässt sich mit Geld allein, sprich mit Schulden, lösen. Zumal Staatsschulden in Milliardenhöhe künftige Spielräume durch einen hohen Schuldendienst stark einschränken werden. Staatliche Investitionen müssen zu wirtschaftlichem Wachstum führen, ansonsten wird das sogenannte Sondervermögen – was nichts anders als Schulden bedeutet – nachfolgende Generationen über Gebühr belasten und dauerhaft nicht finanzierbar sein. Die Stärkung der Wirtschaft und die Steigerung der Attraktivität des Standorts Deutschland muss auf der Prioritätenliste deshalb ganz oben stehen. Nur mit solidem Wachstum werden auch soziale Leistungen wie Rentenerhöhungen langfristig darstellbar sein.

Wir müssen aufhören, Krisen und strukturelle Herausforderungen immer mit Geld lösen zu wollen. Notwendig sind vielmehr kluge staatliche Investitionen (keine bloßen Ausgaben!) und gleichzeitig wirksame Reformen, die die Wirtschaft beleben. Dazu gehört ein Bürokratieabbau, wie ihn das Land noch nicht gesehen hat. Die Kosten schleppender Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie redundanter Berichtspflichten treffen Unternehmen ebenso wie die öffentliche Hand. Daher muss es auch ein staatliches Eigeninteresse daran geben, Prozesse und Reglementierungen zu verschlanken sowie Verwaltungen zu digitalisieren. Dieses Interesse hören wir – aber wir sehen es noch zu wenig. Auch, weil es wieder nur um die Frage neuer Schulden geht. Diesen Irrweg müssen wir verlassen.

Wir brauchen Vertrauen statt Regulierung, Gestaltungsspielräume statt gesetzgeberischer Detailversessenheit – und vor allem Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik auf viele Jahre. Denn Investitionen der Wirtschaft setzen Planungssicherheit voraus.

Wir als größte Interessenvertretung der Wirtschaft sind bereit, unseren Beitrag zu den notwendigen Reformen zu leisten. Wir kennen die Probleme aus der Praxis und wissen, wo Veränderungen rasch Wirkung entfalten können.

Robert Lippmann. Foto: Klaus Mai

> ***»Wir brauchen Vertrauen statt Regulierung, Gestaltungsspielräume statt gesetzgeberischer Detailversessenheit – und vor allem Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik auf viele Jahre.«***
>
> Robert Lippmann

BUNDESTAGSWAHL 2025

DAMIT DER JOB ZUM LEBEN PASST

Ob bei Kinderbetreuung oder Pflege – die Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielt für immer mehr Menschen eine zentrale Rolle bei der Wahl des Arbeitsplatzes. Für Arbeitgeber bedeutet das oft einen organisatorischen Mehraufwand. Doch wer hier attraktive Angebote macht, profitiert am Ende nicht zuletzt im Rennen um Fachkräfte.

TEXT Stephan Köhnlein

Mütter und Väter stellen mit rund 11,6 Millionen Personen ein Viertel aller Erwerbstätigen in Deutschland. Darüber hinaus pflegen 2,5 Millionen Erwerbstätige Angehörige, Tendenz steigend. Der Umfang der Erwerbstätigkeit dieser Bevölkerungsgruppe hängt damit maßgeblich von der guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie ab, wie aus der »Attraktivitätsstudie« des Prognos-Instituts aus dem Jahr 2024 hervorgeht. Für das Unternehmensprogramm »Erfolgsfaktor Familie« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde darin untersucht, was Müttern, Vätern und pflegenden Angehörigen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig ist und was Unternehmen tun können.

Zentrales Ergebnis: Betriebliche Familienfreundlichkeit ist aus Sicht der Mehrheit aller Beschäftigten mit familiärer Verantwortung ein Muss. Erwartet wird dabei eine grundsätzliche Rücksicht auf Vereinbarkeitsanforderungen. So gehört für etwa 80 Prozent der Befragten mindestens einer der folgenden Aspekte zu den fünf wichtigsten Merkmalen eines Arbeitgebers: Flexibilität für geplante oder spontane Auszeiten und Arbeitszeitunterbrechungen sowie keine Benachteiligung der Karriere durch Vereinbarkeit.

Arbeitszeitkonten und Teamgeist

»Der Job muss zum Leben passen«, sagt auch Verena Schumacher. Sie ist Diplom-Designerin und betreibt gemeinsam mit ihrem Mann Michael seit 22 Jahren eine Designagentur mit Hauptsitz in Darmstadt und einem zweiten Standort in Berlin. Rund 25 Beschäftigte hat sie, das Geschlechterverhältnis ist in etwa ausgeglichen, viele arbeiten in Teilzeit, auch einige Väter.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie habe für ihre Agentur oberste Priorität. Für Verena Schumacher ist das auch persönlich ein gewachsenes Thema. Mit ihrem Mann hat sie zwei Kinder, die mittlerweile 16 und 19 Jahre alt sind. »Wir haben Beruf und Familie immer gemeinsam miteinander gehabt und da auch immer Lösungen gefunden«, sagt sie.

Das Arbeiten in einem kreativen Beruf ermöglicht dabei eine gewisse Flexibilität. »Wenn jemand meint, dass er um vier Uhr nachts was wegschaffen muss, dann kann er das machen. Umgekehrt kann er auch tagsüber mal eine Stunde weggehen«, sagt sie. Und wenn ein Kind zum Beispiel nicht bei der Tagesmutter bleiben will, dann kann die Mutter es wieder mit nach Hause nehmen und ihre Arbeitszeit im Lauf des Tages nachholen.

Bei Schumacher haben alle Beschäftigten ein Arbeitszeitkonto, auf das sie die Zeiten für die Projekte einbuchen. Dabei achte man auch genau darauf, dass die Aufgaben der Stundenzahl entsprechen. »Teilzeitkonten sind bei uns auch Teilzeitkonten«, betont die Agentur-Chefin. Es gebe aber auch Regelarbeitszeiten. »Wir arbeiten sehr eng zusammen. Das heißt, da braucht es gemeinsame Zeiten. Ganz so auf der grünen Wiese stehen wir da also auch nicht.«

Damit das bei allen Freiheiten auch funktioniert, hat die Agentur Unternehmenswerte formuliert. Dabei stehen Teamgeist, Vertrauen und Verbindlichkeit im Mittelpunkt. »Wir haben ein starkes Team. Wenn jemand ausfällt, fangen die anderen das auf. Und wir vertrauen einander. Wenn jemand schreibt, er oder sie müsse sich um sein Kind kümmern, dann ist das so. Dann zweifeln wir das nicht an.«

»WIR SIND FLEXIBEL: WENN JEMAND MEINT, DASS ER UM VIER UHR NACHTS WAS WEGSCHAFFEN MUSS, DANN KANN ER DAS GERN MACHEN. UMGEKEHRT KANN ER AUCH TAGSÜBER MAL EINE STUNDE WEGGEHEN.«

Verena Schumacher
Co-Founder und Managing Director bei Schumacher
Foto: Julia Wisswesser

Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde in den vergangenen fünf bis zehn Jahren deutlich stärker nachgefragt, hat Verena Schumacher beobachtet. »Es gibt bei den Neueinstellungen viele, die gar nicht mehr Vollzeit arbeiten wollen. Und es gibt Bewerber, die zwar gerne in Vollzeit einsteigen wollen, aber die Familienplanung schon auf dem Radar haben und fragen: Wie flexibel seid ihr?«

All das stellt das Unternehmen vor Herausforderungen. Mit den vielen Teilzeitkräften müsse man mehr Interessen berücksichtigen, sich besser abstimmen, als wenn man nur Vollzeitkräfte habe. »Das Thema ist kein Selbstläufer – auch wenn ich denke, dass wir das hier gut geregelt haben«, sagt Verena Schumacher. »Aber wir müssen immer wieder aufs Neue individuelle Lösungen finden.«

Teure Maßnahmen gar nicht nötig

Ein Thema hat für Schumacher dabei weniger Bedeutung als noch vor einigen Jahren angenommen: Dass die Menschen ihre Kinder zur Arbeit mitbringen können. »Das brauchen die Leute in Zeiten von zunehmendem Homeoffice nicht mehr so«, sagt die Agentur-Chefin. Diese Erkenntnis deckt sich mit den Ergebnissen der »Attraktivitätsstudie« von Prognos. Demnach sind kostenintensive Maßnahmen für Arbeitgeber wie betriebliche Kinderbetreuung oder Ferienprogramme für Schulkinder nur für 16 Prozent beziehungsweise 18 Prozent der Befragten besonders wichtig.

Große Unternehmen arbeiten zum Teil schon lange daran, ihren Angestellten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Das Darmstädter Wissenschafts- und Technologieunternehmen Merck hat bereits 1968 den Merck'schen Kindertagesstätten-Verein gegründet. In diesem Jahr bringt Merck für seine Mitarbeiter*innen das »Caregiver Leave Benefit«-Programm auf den Weg. Damit gewährt es die weltweit finanziell abgesicherte Freistellung von mindestens zehn Tagen für die Pflege schwer oder im Endstadium erkrankter direkter Familienmitglieder.

»Wir bei Merck sind uns der wichtigen Rolle pflegender Angehöriger bewusst und verstehen, was es für sie heißt, diese Aufgabe zusätzlich zu den alltäglichen Anforderungen ihres Familienlebens und ihren beruflichen Verpflichtungen zu übernehmen«, sagt Belén Garijo, Vorsitzende der Merck-Geschäftsleitung. »Wir sehen es als Teil unserer Verantwortung als Arbeitgebender, unsere Mitarbeitenden zusammen mit dem pflegebedürftigen Familienmitglied zu unterstützen.«

Vertrauen ist ein prägender Wert in der Zusammenarbeit bei Schumacher. Foto: Julia Wisswesser

»DIE SOZIALARBEITER WÄHLEN SICH DIE FINGER WUND, WEIL SIE FIEBERHAFT PLÄTZE FÜR DIE BETROFFENEN SUCHEN, DIE AUS DEM KRANKENHAUS RAUS MÜSSEN.«

Sabine Heil
Leiterin des Seniorenhauses Rheinblick in Biebesheim
Foto: Roger Richter

Die Pflege von älteren Angehörigen rückt bei Angestellten immer stärker in den Fokus. Foto: freepik.com/chormail

Einen praxisnahen Blick auf das Thema Pflege hat Sabine Heil. Sie leitet das Seniorenhaus Rheinblick in Biebesheim mit 66 Pflegeplätzen und insgesamt rund 60 Mitarbeiter*innen in den verschiedenen Bereichen. Sie verzeichnet eine steigende Nachfrage nach Plätzen in der Kurzzeitpflege, weil diese Aufgaben von vielen Angehörigen nicht mehr aufgefangen werden können. Das stellt Sabine Heil vor Herausforderungen.

Neue Herausforderungen für die Pflege

Eigentlich müssten in jedem Pflegeheim zehn Prozent der Plätze der Kurzzeitpflege vorbehalten sein. De facto könne das häufig aber gar nicht umgesetzt werden. »Oft stellt sich nämlich heraus, dass eine Person danach nicht mehr nach Hause zurückkehren kann, weil dort die Versorgung nicht gewährleistet oder der Aufwand schlichtweg zu groß ist«, erklärt sie. »Und dann werden die Kurzzeitbetten, die man eigentlich vorhalten sollte, sukzessive mit Langzeitbewohnern belegt.«

Zudem macht den Heimbetreibern die Bürokratie zu schaffen. »Für jeden Gast in der Kurzzeitpflege haben wir denselben logistischen und administrativen Aufwand wie für jemanden, der dauerhaft bleibt«, sagt sie. Das mache gerade die Kurzzeitpflege für die Heime unattraktiv. Hier wünscht sie sich Erleichterungen vom Gesetzgeber: »Wenn jemand nur für 14 Tage kommt, sollte man doch auf einen großen Teil des Schreibkrams verzichten können.«

Eine kurzfristige Alternative für wenige Tage sei das Krankenhaus. Aber dort werde die Dauer des Aufenthalts auf ein Minimum gekürzt. Unter dem Strich gebe es einfach zu wenige Kurzzeitplätze. »Die Sozialarbeiter wählen sich die Finger wund, weil sie fieberhaft Plätze für die Betroffenen suchen, die aus dem Krankenhaus raus müssen.« Oft landeten diese Menschen dann fernab ihrer Heimat, weil es in der Nähe keine Betreuungsplätze gebe.

Aber auch die Betreuung von Kindern der Beschäftigten ist im Seniorenhaus ein Thema. Im Gegensatz zur Designagentur von Schumacher hat Sabine Heil in der Pflege deutlich weniger Spielraum. Halbe Tage oder flexible Arbeitszeiten sind da in aller Regel nicht möglich. »Wir brauchen Leute, die im Grunde 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche arbeiten können«, sagt sie.

Und doch bemüht auch sie sich im Rahmen der Möglichkeiten um ihre Mitarbeiter*innen mit Kindern. Denn rund 40 Prozent ihres Personals sind Eltern. »Durch die Anpassung unserer Schichten an die

Das Seniorenhaus Rheinblick wurde 2017 in Biebesheim gebaut. Foto: Seniorenhaus Rheinblick

Arbeitszeiten der Partner lassen sich sowohl Teilzeit- als auch Vollzeitstellen realisieren«, sagt sie. Zudem sei die Mischung aller Mitarbeitenden-Altersgruppen wichtig, um eine stabile Versorgung der Bewohner zu gewährleisten.

Unter anderem führte Sabine Heil einen sogenannten Mutti-Dienst ein, bei dem die Morgenschicht mit Beginn der Kinderbetreuungszeit startet. Aber nicht alle Heimbewohner wollen erst nach acht Uhr gewaschen werden und aufstehen. Zudem sind die Schichten begehrt. »Gerade ist eine Kollegin in Elternzeit, die danach gerne den Mutti-Dienst hätte. Der ist allerdings gerade von einer anderen Mutti besetzt, die eben erst aus der Elternzeit zurückgekommen ist. Da kommen wir natürlich an Grenzen.«

Männer fordern mehr Familienfreundlichkeit

In der Verwaltung sei das dagegen einfacher, da könne die Kollegin, die zwei Kinder habe, den Dienst sehr flexibel gestalten und auch mal aus dem Homeoffice arbeiten. »Was die Vereinbarkeit von Beruf und Familie angeht, haben wir in unserem Haus alles eingebracht, was möglich ist«, konstatiert die Heimleiterin.

Auch bei Männern spielt eine immer größere Rolle, Familie und Beruf gut unter einen Hut zu bringen, wie Laura Odenwälder beobachtet hat. Sie ist Geschäftsführerin von Odenwälder Baumaschinen mit Sitz in Mörlenbach, ein Familienbetrieb in der vierten Generation. »Vom Nagel bis zum Kran – alles, was man auf der Baustelle benötigt, kann man bei uns mieten, kaufen oder reparieren lassen«, sagt Laura Odenwälder, die im Jahr 2021 ins Unternehmen ihrer Eltern eingestiegen ist. Rund 130 Menschen arbeiten an fünf verschiedenen Standorten in Deutschland.

Die meisten ihrer Angestellten sind männlich, jedoch verzeichnet sie bei Bewerbungen und Neueinstellungen eine verstärkte Nachfrage beim Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Da werde etwa gefragt, ob man etwas später anfangen könne, um das Kind noch in die Kita oder in die Schule zu bringen. »Wir sprechen das im Team ab und dann ist das für uns in der Regel auch kein Problem.«

Die Besonderheiten der Branche schränkten an manchen Punkten ein. »Eine Baumaschine kann man eben nicht aus dem Homeoffice reparieren, sondern das passiert in der Werkstatt«, sagt sie. Und auch die Monteure, die auf Baustellen unterwegs seien, könnten nicht einfach ihre Arbeit stehen und liegenlassen, um ihr Kind aus der Kita abzuholen.

Dennoch versuche man, auch hier mit Absprachen, Flexibilität und Teamgeist auf die Wünsche der Mitarbeiter*innen einzugehen. »Wenn jemand sagt, er muss aus familiären Gründen schon um 15 Uhr zu

»ICH ERLEBE IMMER WIEDER, DASS FRAUEN GERNE MEHR ARBEITEN WÜRDEN, ES ABER WEGEN FEHLENDER BETREUUNGS-MÖGLICHKEITEN NICHT SCHAFFEN.«

Laura Odenwälder
Geschäftsführerin von Odenwälder Baumaschinen
Foto: Jens Steingässer

Odenwälder Baumaschinen ist ein Familienbetrieb mit Sitz in Mörlenbach.
Foto: Thomas Neu

Hause sein, versuchen wir, das zu ermöglichen. Gegebenenfalls schicken wir einen anderen Kollegen in den Außendienst und er erledigt interne Arbeiten«, sagt sie.

Es fehlen Betreuungsplätze

In der Verwaltung habe man deutlich mehr Möglichkeiten. »Eine Mitarbeiterin hat ihre Zwillinge auch mal ins Büro mitgebracht, weil es nicht anders ging.« Das sei zwar keine Lösung auf Dauer. »Aber in dem Fall war es besser, als wenn die Mitarbeiterin dann gar nicht gekommen wäre oder spontan einen Tag Urlaub hätte nehmen müssen.«

Insgesamt gibt es aus der Sicht von Laura Odenwälder in Deutschland zu wenige Betreuungsplätze. »Ich erlebe immer wieder, dass Frauen gerne mehr arbeiten würden, es aber wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten nicht schaffen. Auch mit Blick auf den Fachkräftemangel machen wir uns da das Leben schwer. Denn gerade bei Frauen haben wir meiner Meinung nach ein riesiges Potenzial, einen Schatz, den wir noch heben können.«

Beim Thema Familie und Beruf sei man als Familienunternehmen natürlich besonders in der Verantwortung, sagt Laura Odenwälder. Sie selbst ist Anfang 30, da könnten auch für sie Kinder in absehbarer Zeit ein Thema werden. »Ich werde schon manchmal gefragt, wie das denn gehen soll in meiner Position«, sagt sie. »Wie das dann konkret aussehen würde, weiß ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Aber ich weiß, dass es auf jeden Fall Lösungen gibt. Wenn das in meiner Position nicht machbar ist – wo soll es dann möglich sein? Ich habe da eine Vorbildfunktion.«

VERANSTALTUNG IN DER IHK

Die IHK Darmstadt lädt zum **»Forum Personalkultur: Erfolgsfaktor Vereinbarkeit«** ein. Am 27.08.2025 von 14 bis 17 Uhr widmet sich die Veranstaltung dem Thema Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege. Keynote-Speakerin ist Corinna Schwedhelm, Projektreferentin von Erfolgsfaktor Familie. Weitere Infos und Anmeldung unter

www.ihk.de/darmstadt
→ Nr. 63853

Foto: iStock.com/Liderina

WENN FRAUEN IN DIE TEILZEITFALLE TAPPEN

Wie lassen sich Beruf und Familie gut vereinen? Das erforscht Dr. Andreas Jansen von der Uni Duisburg-Essen. Neben einem Überblick über seine neueste Studie gibt er Tipps, wie Betriebe ihren Angestellten den Alltag erleichtern können.

INTERVIEW Matthias Voigt

IHK: Herr Dr. Jansen, in ihrer Studie befassen Sie sich damit, wie man Frauen stärker in den Arbeitsmarkt integrieren kann. Wieso ist es lohnenswert, gerade bei den Frauen anzusetzen?

DR. ANDREAS JANSEN: Weil es bei den Frauen noch die stärksten Erwerbsarbeitspotenziale gibt. Grundsätzlich sind vor allem Mütter in deutlich geringerem Maße am Arbeitsmarkt aktiv, als das bei Vätern der Fall ist. So gehen beispielsweise 92,5 Prozent der Väter mit kleinen Kindern zwischen drei und sechs Jahren einer Erwerbstätigkeit nach. Bei den Müttern sind es demgegenüber nur 74,1 Prozent. Außerdem arbeiten viele Frauen in Teilzeit, wohingegen im Jahr 2023 sogar 86,7 Prozent der erwerbstätigen Männer Vollzeit gearbeitet haben. Dabei ist es fast egal, ob es sich um Väter oder kinderlose Männer handelt, da sich die Erwerbsmuster kaum unterscheiden.

IHK: Und wie ist der Anteil bei Frauen?

DR. ANDREAS JANSEN: Da ist das Muster völlig unterschiedlich. Rund die Hälfte der Frauen arbeitet in Teilzeit, davon meist in klassischer Teilzeit, also 20 Stunden pro Woche und seltener in langer Teilzeit, also 30 oder 32 Stunden. Betrachtet man die erwerbstätigen Mütter, arbeiten sogar 67 Prozent in Teilzeit. Da ist enorm viel Luft nach oben.

IHK: Für Unternehmen ist es sicherlich erstrebenswert, die Arbeitszeit von Frauen zu erhöhen. Aber wollen Frauen das überhaupt?

DR. ANDREAS JANSEN: Ich würde sagen ja. Es gibt eine ganze Reihe von Studien, die alle zum Ergebnis kommen: Frauen würden gerne mehr arbeiten, als sie das derzeit tun. Nicht direkt 20 Stunden mehr, sondern eher fünf bis zehn Stunden. Bei der Zahl an Frauen, die in Teilzeit arbeitet, würde das für die Betriebe aber schon einen enormen Gewinn darstellen.

IHK: In der Studie sprechen Sie von einem Klebeeffekt für Frauen. Was ist damit gemeint?

DR. ANDREAS JANSEN: In unserer Studie haben wir fiktive Stellenanzeigen formuliert und sie Männern und Frauen vorgelegt. Wir haben bei den Stellenanzeigen den Umfang der Arbeitszeit variiert und nach der Attraktivität der jeweiligen Stelle gefragt. Es hat sich gezeigt, dass Frauen im Allgemeinen und Mütter im Speziellen es attraktiv finden, Vollzeit zu arbeiten – allerdings nur bei voller Flexibilität der Arbeitszeiten. Wenn wir aber anschließend gefragt haben, auf welche Stellenanzeige Sie sich bewerben würden, war es mehrheitlich dann eben doch die Teilzeitstelle, obwohl die befragten Frauen sie zuvor gar nicht als attraktiv bewertet haben. Und das führen wir auf den Klebeeffekt der Teilzeitarbeit zurück. Damit ist gemeint: Frauen reduzieren nach der Geburt des ersten Kindes ihre Arbeitszeit, arbeiten dann im Kleinkindalter in Teilzeit, steigen aber mit steigendem Alter der Kinder eben nicht wieder in Vollzeit in den Beruf ein, sondern bleiben oftmals in der Teilzeit kleben – obwohl der Betreuungsaufwand längst viel geringer ist. Anstelle des Klebeeffektes wird häufig auch von einer Teilzeitfalle gesprochen.

IHK: Aus welchen Gründen ziehen Frauen die Teilzeitstelle vor?

DR. ANDREAS JANSEN: Zum Beispiel ist die Kinderbetreuung nicht derart zuverlässig, dass sie sorgenfrei zwischen 9 und 17 Uhr arbeiten gehen können, ohne dass sie ein gewisses Flexibilitätspotenzial brauchen, wenn die Kita mal wieder zumacht, zum Beispiel wenn Personal kurzfristig ausfällt. Zudem ist es nach wie vor so, dass Frauen in erster Linie für die Hausarbeit und die Kinderbetreuung zuständig sind und dann noch Teilzeit arbeiten – und der Mann geht eben Vollzeit arbeiten, sorgt für das Erwerbseinkommen und übernimmt gegebenenfalls in einem reduzierten Rahmen Teile der Haushalts- oder Sorgearbeit.

IHK: Was müsste politisch getan werden, damit dieses Potenzial, mehr Frauen in längere Arbeitszeiten zu bringen, gehoben werden kann?

DR. ANDREAS JANSEN: Im Grunde genommen ist schon relativ viel passiert, was auch durchaus positive Wirkungen hat, etwa das Rückkehrrecht auf eine Vollzeitstelle. Das ist ein interessantes Instrument, um Frauen die Tür wirklich offen zu halten. Oder zum Beispiel das Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz. In der Praxis funktioniert es nicht immer, etwa wenn es gar nicht genügend Kinderbetreuungsplätze gibt oder man unglaublich lange Anfahrtswege in Kauf nehmen muss, um die zugewiesene Kindertagesstätte zu erreichen. Aber von der Grundidee war es ein richtiger Schritt, diesen Rechtsanspruch zu formulieren. Das Problem ist allerdings, dass der Ausbau der Kinderbetreuung nicht mit dem Bedarf Schritt gehalten hat. Und mittlerweile ist oftmals gar nicht ausreichend Personal vorhanden, um zusätzliche Plätze anbieten zu können.

IHK: Kommen wir zur Rolle der Unternehmen. Welche betrieblichen Maßnahmen sind sinnvoll, damit Angestellte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut hinkriegen?

DR. ANDREAS JANSEN: Auf jeden Fall wäre es sinnvoll, wenn auf Führungsebene eine Art von Familienfreundlichkeit und von modernem Familienverständnis gelebt wird. Das könnte dazu führen, dass sich Frauen stärker motiviert fühlen, zu höheren Stundenumfängen im Betrieb zu arbeiten als eben nur in Form der klassischen Teilzeit. Es wäre zudem ein Signal an die Männer im Betrieb, dass das Unternehmen nicht nur Familienfreundlichkeit in irgendeinem Zertifikat stehen hat oder gerne in Stellenanzeigen schreibt, sondern dass Familienfreundlichkeit wirklich gelebt wird, etwa dadurch, dass man sein Kind auch im Notfall mitbringen kann.

ZUR PERSON

Dr. Andreas Jansen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen und Lehrbeauftragter an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Seine Forschungsschwerpunkte sind Einkommens- und Erwerbsverläufe, Erwerbs- und Sorgearbeit, Fachkräftesicherung sowie Alterssicherung und Altersübergang.

IHK: Wie können Unternehmen ihre Angestellten noch unterstützten?

DR. ANDREAS JANSEN: Betriebe können auch niedrigschwelliger vorgehen und darauf achten, planbare Arbeitszeiten zu realisieren. Also keine Besprechungen in Randzeiten zu legen, sondern sich auf familienfreundliche Arbeitszeiten festzulegen. Es wäre darüber hinaus sinnvoll, die Kernarbeitszeit an den Schließzeiten der Kitas zu orientieren. Außerdem sollte man längerfristig ankündigen, wenn Überstunden anfallen. Über solche zeitpolitischen Komponenten kann man schon ein Stück weit Familienfreundlichkeit ausstrahlen. Zweitens sollte ein Unternehmen wahrnehmen, dass seine Angestellten in bestimmten Lebensphasen Mehrbelastungen ausgesetzt sind, etwa durch Erwerbstätigkeit und parallele Kinderbetreuung. Schlecht wäre es zu sagen, die Angestellten müssen selber zusehen, wie sie alles unter einen Hut bekommen.

»VOLLKOMMEN FLEXIBLE ARBEITSZEITEN WERDEN NICHT SO HÄUFIG ALS ATTRAKTIV BEWERTET, WIE MAN ES ERWARTEN KÖNNTE.«

IHK: Wie unterscheiden sich denn die Bedürfnisse der Angestellten je nach Branche?

DR. ANDREAS JANSEN: Die Bedürfnisse unterscheiden sich sehr, und zwar nicht nur zwischen Branchen, sondern auch zwischen Beschäftigten in derselben Branche – je nachdem, welche Tätigkeit sie im Betrieb ausüben. So werden vollkommen flexible Arbeitszeiten gar nicht so häufig als attraktiv bewertet, wie man es gemeinhin erwarten könnte. Vielmehr nehmen Beschäftigte – auch jenseits der Mütter und Väter – eine gewisse Art von Arbeitszeitsouveränität als positiv wahr. Das kann aber auch schon die Gleitzeit, das heißt ein flexibler Beginn und ein flexibles Ende des Arbeitstages sein. Eine volle Flexibilität der Arbeitszeit lässt sich zudem in bestimmten Berufen wie im medizinischen Bereich oder bei Polizei und Feuerwehr gar nicht realisieren. Solche Schichtarbeitnehmer etwa bevorzugen eher verlässliche Arbeitszeiten, die gerade nicht jede Woche wechseln. Zu viel Flexibilität wäre hier kontraproduktiv. Und um es klar zu sagen: Es gibt keinen Königsweg für alle Beschäftigten, gerade in großen Betrieben, wo ein Teil der Belegschaft im Büro arbeitet und andere in Schichtbereichen, sondern man muss auch die Besonderheiten der jeweiligen Tätigkeit berücksichtigen und entsprechend die Arbeitszeit oder die zeitpolitischen Maßnahmen an die Rahmenbedingungen des jeweiligen Berufes anpassen.

IHK: Wie können Unternehmen dem Wunsch der Belegschaft nach Arbeitszeitsouveränität nachkommen?

DR. ANDREAS JANSEN: Ich empfehle, dynamische Arbeitszeitmodelle zu fördern. Dazu braucht es ein gewisses Vertrauen in die Beschäftigten. Man baut Arbeitszeitkonten auf, auf die man in den ersten Jahren Arbeitszeitguthaben einzahlt. Während bestimmter Lebensphasen kann man dieses wieder abbauen, dabei sogar Minusstunden machen und diese dann gegebenenfalls nacharbeiten. Das fände ich auch aus betrieblicher Perspektive eine Idealvorstellung, um bestimmte Belastungssituationen im Leben abfedern zu können. Damit beziehe ich mich nicht nur auf Phasen der Kindererziehung, sondern gegebenenfalls auch auf Belastungssituationen in höheren Erwerbsaltern, wenn es um die Pflege von Angehörigen geht.

IHK: Zum Schluss: Hat Sie auch ein Ergebnis der Studie überrascht?

DR. ANDREAS JANSEN: Zumindest etwas erstaunt war ich schon, dass familienfreundliche Maßnahmen wie ein finanzieller Zuschuss zur Kinderbetreuung oder die Betreuung der Kinder in der Nähe des Arbeitsplatzes für die Befragten weniger bedeutsam waren als zeitpolitische Maßnahmen.

»Der Staat ist gefordert«

Ein Kommentar von Dr. Marcel Walter, Geschäftsbereichsleiter Aus- und Weiterbildung der IHK Darmstadt

Seit Jahren ist klar: Deutschland steuert auf einen massiven Arbeitskräftemangel zu. Allein für Hessen wird bis zum Jahr 2030 mit einer Fachkräftelücke von 240.000 Personen gerechnet, 160.000 davon fehlen in nicht akademischen Berufen. Da die Kinder, die zur Schließung dieser Lücke nötig wären, leider nicht geboren wurden, lautet die Lösung: weniger Teilzeit, späterer Renteneintritt, Masseneinwanderung. Letztere gelingt uns kaum, bleibt also die Ausweitung der Arbeitszeit derer, die schon im Erwerbsleben stehen.

Nur, wie soll das gelingen, wenn es an Kita- und Pflegeplätzen und -personal mangelt? Zum einen können sich Unternehmen selbst helfen, indem sie familienfreundliche Maßnahmen ergreifen. Dadurch profitieren sie nicht nur von motivierten und loyalen Mitarbeitenden, sondern auch von einem besseren Image und einer höheren Attraktivität als Arbeitgeber. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen kann das den entscheidenden Unterschied machen.

Doch betriebliche Angebote allein reichen nicht und sind auch nicht in jeder Branche gleich umsetzbar. Wer ein Meeting um 16 Uhr ansetzt, Schicht arbeitet oder in der Produktion keinen Zugang zu flexiblem Arbeiten hat, muss sicher sein, dass Kita oder Schule die Betreuung gewährleisten. Und genau hier zeigt sich das Problem. Unternehmer können vieles ermöglichen – aber sie können nicht die strukturellen Versäumnisse der öffentlichen Hand ausgleichen. Ohne ausreichende Betreuungsplätze für Kinder und Pflegebedürftige bleiben selbst die besten betrieblichen Angebote wirkungslos. Fehlende Kita-Plätze, verkürzte Schulzeiten und ein Pflegesystem am Limit führen dazu, dass Mitarbeitende trotz flexibler Arbeitsmodelle in Betreuungslücken fallen.

Hier ist die Politik gefordert: Sie muss nicht nur für genügend Betreuungsplätze sorgen, sondern auch sicherstellen, dass ausreichend Fachkräfte ausgebildet und eingestellt werden. Das kostet. Aber die Kosten entstehen auch, wenn nichts unternommen wird, zum Beispiel durch Verzicht auf Wertschöpfung und Konsum – oder auf Kinder. Ansätze, die vergleichsweise günstig sind, gibt es: Die teilweise hanebüchenen Qualifikationsanforderungen von Erziehern überdenken, Quereinstiege erleichtern und Anreize zum Sparen für die eigene Pflege stärken.

Am Ende ist es eine Frage der Prioritäten. Wer möchte, dass Erwerbstätige möglichst viel und möglichst lange arbeiten – der plant kein neues Quartier ohne Kita, Ganztagsschule und Pflegeeinrichtung.

> ***»Unternehmer können vieles ermöglichen – aber sie können nicht die strukturellen Versäumnisse der öffentlichen Hand ausgleichen.«***
>
> Dr. Marcel Walter

Dr. Marcel Walter. Foto: Klaus Mai

Der Gebäudekomplex der IHK Darmstadt in der Rheinstraße 89 ist in die Jahre gekommen. Foto: Dennis Möbus

WEITERENTWICKLUNG DER IHK-IMMOBILIE: IDEENWETTBEWERB GEPLANT

Die IHK-Vollversammlung hat einstimmig die ersten Weichen für eine Weiterentwicklung der IHK-Immobilie in der Rheinstraße 89 in Darmstadt gestellt. Ein Ideenwettbewerb mit mehreren Architekturbüros soll den Grundstein für eine moderne und bedarfsgerechte Liegenschaft legen. Spätestens im Herbst dieses Jahres sollen die besten Einreichungen gekürt werden. Das vorgelagerte Interessenbekundungsverfahren umfasst die beiden ältesten Gebäude von 1960 und 1972.

TEXT Patrick Körber

Hintergrund für die Notwendigkeit der Weiterentwicklung ist die mittlerweile unzureichende Bausubstanz der insgesamt drei Gebäudeteile, die aus den Jahren 1960, 1972 und 1994 stammen. Während der Bau von 1994 planbar saniert und ertüchtigt werden kann, müssten die beiden älteren Gebäude mindestens kernsaniert werden, was nach Lage der vorliegenden Gutachten nicht wirtschaftlich wäre. Dazu kommen Probleme mit der Statik und den Brandschutzauflagen.

Auch der neuste Gebäudeteil von 1994 weist Mängel, insbesondere beim Brandschutz und in energetischer Hinsicht, auf. »Die komplette technische Infrastruktur der älteren Gebäude ist am Ende ihres Lebenszyklus angekommen«, sagt Rainer Fischer, Vorsitzender des Bauausschusses der IHK Darmstadt. Darüber hinaus haben sich die Nutzungsanforderungen an Büros und an die Infrastruktur für Seminare und Bildungsveranstaltungen stark verändert. Die vorhandenen Raumstrukturen sind nicht

ausreichend flexibel, um den heutigen Bedarfen gerecht zu werden. Um die gesetzlichen Anforderungen an energetische Standards zu erfüllen, wären kostenintensive Eingriffe in die Bausubstanz notwendig.

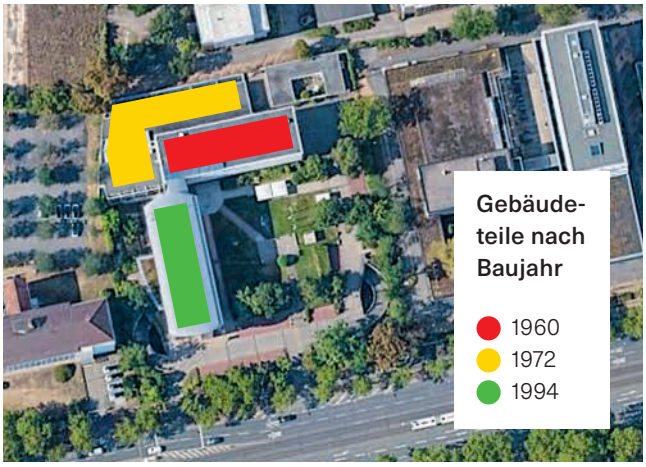
Unterschiedliche Gutachten und Machbarkeitsstudien für die beiden ältesten Gebäudeteile kamen zu demselben Befund: Ein bedarfsgerechter Teil-Neubau ist auch aus wirtschaftlichen Gründen einer Sanierung vorzuziehen. Eine Kernsanierung wird vor allem deshalb nicht befürwortet, weil die Gebäudesubstanz weitere nicht abschätzbare Risiken bergen könnte. Die Folge wären weitere Kosten und ein großer Zeitverlust.

Der Gebäudeteil aus dem Jahr 1994 soll indes erhalten bleiben. Aber auch hier besteht Sanierungsbedarf, um die energetischen Anforderungen und Brandschutzbestimmungen zeitgemäß umzusetzen.

»Wir haben nun die Chance, die IHK am bekannten Standort bedarfsgerecht zu entwickeln«, sagt Hauptgeschäftsführer Robert Lippmann. »Durch Digitalisierung, viele Prozessoptimierungen und die Möglichkeiten des mobilen Arbeitens benötigen wir künftig weniger Büroflächen als heute. Stattdessen brauchen wir ein deutlich flexibleres Raumangebot an Veranstaltungsflächen. Es ist das Ziel, insgesamt in der Fläche kompakter als heute, aber beweglicher zu werden.«

Jährlich finden über 3.500 Veranstaltungen von Weiterbildungen, Prüfungen, Podiumsgesprächen bis hin zu Workshops und Werkstattgesprächen in den Räumen der IHK Darmstadt statt. »Dieses breitgefächerte Angebot wollen wir auch künftig leisten, unsere Kapazitäten dabei aber – natürlich auch mit Blick auf die Kosten – noch effizienter nutzen«, sagt Hauptgeschäftsführer Lippmann.

Geprüft wurde in der Vergangenheit ebenfalls ein Neubau an anderer Stelle in Darmstadt. Hier gab es jedoch kein Flächenangebot, das auch kostenseitig realisierbar gewesen wäre.



Nach und nach wurde der Standort erweitert.
Illustration: Schumacher, basierend auf Google Maps.

»Unser heutiger Standort ist von der Lage her ideal. Wir liegen zentral und sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut zu erreichen. Unsere Tiefgarage bietet zudem Platz für Besucher, Prüflinge und Weiterbildungsteilnehmer*innen, die mit dem Auto anreisen«, schildert Fischer weitere Erwägungen, die Entwicklung am jetzigen Standort weiterzuführen.

Bereits seit gut zehn Jahren beschäftigt sich die IHK Darmstadt mit der Frage, wie die Immobilie weiterentwickelt werden kann. Nach vertiefenden Gutachten hat die IHK-Vollversammlung mit ihrem Beschluss vom 12. September 2023 das Hauptamt mit der konkreten Planung einer bedarfsgerechten Weiterentwicklung der IHK-Immobilie am Standort Rheinstraße 89 beauftragt.

Der nun geplante Ideenwettbewerb wird von einem Planungsbüro vorbereitet und begleitet, das auf Vergabeverfahren spezialisiert ist. Aus den eingereichten Beiträgen wird eine Fachjury die besten Konzepte prämieren. Voraussichtlich in ihrer Sitzung im September 2025 wird die IHK-Vollversammlung über die Umsetzung aus den Wettbewerbsbeiträgen anhand einer validen Kostenschätzung entscheiden.

BAUAUSSCHUSS

Der **ehrenamtliche Bauausschuss der IHK Darmstadt** berät in allen Fragen rund um den Erhalt und die Entwicklung der Liegenschaft der IHK in der Rheinstraße in Darmstadt. Er zählt elf Mitglieder, die entweder der IHK-Vollversammlung angehören oder Unternehmer sind, die aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit eine hohe Expertise im Bereich Bau und Immobilienentwicklung haben. Vorsitzender des Bauausschusses ist IHK-Vizepräsident Rainer Fischer.

VERFAHREN

Die geplante **Weiterentwicklung der Liegenschaft in der Rheinstraße 89** startet mit einem sogenannten Interessenbekundungsverfahren, das über die Hessische Ausschreibungsdatenbank öffentlich gemacht wird. Die **Interessenbekundung** dient unter anderem dazu, unter allen Bewerbungen fachlich geeignete Büros zu identifizieren, die zum Ideenwettbewerb für Weiterentwicklung der IHK-Immobilie eingeladen werden.

»WIR MÜSSEN ALLE RESSOURCEN NUTZEN«

Heike Hofmann ist Hessische Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales. Im Interview erklärt sie, welche Hoffnungen sie auf KI zur Bekämpfung des Fachkräftemangels legt – und wo wir alle noch eine Schippe drauflegen müssen.

INTERVIEW Michael Konow **FOTO** Paul Schneider / Hessische Staatskanzlei

IHK: Frau Hofmann, mit Blick auf den steigenden Fachkräftebedarf: Beurteilen Sie Künstliche Intelligenz (KI) als Fluch oder Segen?

HEIKE HOFMANN: Aktuell und in Zukunft gehört KI zu den herausragenden Themen des Arbeitsmarktes. Ob Fluch oder Segen, ist nicht so einfach zu beantworten, die Wahrheit ist vermutlich eine gesunde Mischung aus beidem. Allerdings müssen wir KI für die Arbeitswelt als Chance nutzbar machen und sowohl Arbeitgebende als auch Arbeitnehmende müssen sich diesem Thema noch stärker widmen. Studien zufolge betrifft diese neue Technologie rund 60 Prozent aller Beschäftigten in den Industrienationen. So geht das EMF-Institut beispielsweise davon aus, dass mit KI eine immense Produktionssteigerung erzielt werden könne.

IHK: KI könnte auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

HEIKE HOFMANN: Bis zum Jahr 2028 fehlen in Hessen 200.000 Fachkräfte – Tendenz steigend. Und das bezieht noch nicht den Arbeitskräftemangel ein. Wir erhoffen uns, dass wir mit Einsatz von KI Arbeitskraftanteile abgelten können. Das wird

bestimmte Berufsfelder stärker betreffen als andere. Ein weiteres wichtiges Stichwort ist der verantwortungsvolle Umgang mit dieser neuen Technologie. Wir haben uns vor Kurzem in Brüssel unter anderem über den EU-AI-Act ausgetauscht, den ich ausdrücklich begrüße. Hier geht es um den Einsatz von KI unter Berücksichtigung der menschlichen Grundrechte. Für mich ist es wichtig, dass der Einsatz von KI für die Beschäftigten und nicht gegen sie erfolgt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen diesen Prozess aktiv gestalten.

»ARBEITGEBENDE ALS AUCH ARBEITNEHMENDE MÜSSEN SICH KI NOCH STÄRKER WIDMEN.«

IHK: Laut DIHK-Fachkräftereport könnten rund 240.000 Vollzeitstellen besetzt werden, wenn teilzeitbeschäftigte Frauen pro Woche eine Stunde mehr arbeiten würden. Oft beruht die reduzierte Arbeitszeit auf fehlenden Betreuungsangeboten. Wie können diese stillen Reserven mobilisiert werden?

HEIKE HOFMANN: Angesichts der aktuellen und zukünftigen Situation auf dem Arbeitsmarkt müssen wir alle Ressourcen nutzen. Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen in Deutschland liegt aktuell bei rund 70 Prozent – ein zentrales Potenzial, das gefördert werden muss. Unsere Aufgabe ist es, die Kommunen und Träger bei der Schaffung von Kitaplätzen zu unterstützen und entsprechendes Personal zu finden. Beispielsweise haben wir in den ersten Wochen unserer Regierung 600 zusätzliche Plätze der praxisintegrierten vergüteten Erzieher-Ausbildung geschaffen und so für dieses Jahr auf insgesamt 1000 Plätze erhöht. Darüber hinaus muss der Spagat zwischen Familie und Beruf gelingen. Hierbei geht es nicht nur um Kinderbetreuung, sondern auch um Pflege, die in vielen Fällen ebenfalls auf Frauen zurückfällt.

IHK: Welche Baustellen tun sich bei dem Thema noch auf?

HEIKE HOFMANN: Ein wesentlicher Punkt ist die Rückführung in den Arbeitsmarkt. Hier bieten wir mit dem Netzwerk Wiedereinstieg ein sehr erfolgreiches Programm: Mit sechs Standorten in Hessen unterstützen wir bei der Reintegration beispielsweise durch den Erwerb digitaler Kompetenzen. Ein weiterer Schlüssel, um jungen Müttern zu einem Ausbildungsabschluss zu verhelfen, ist die Teilzeitausbildung, die wir ebenfalls stark forcieren. Nicht zuletzt kann die Flexibilisierung der Arbeitswelt und der Work-Life-Balance noch weiter optimiert werden. Hier sind auch Arbeitgeber gefragt, Strukturen zu schaffen, die es ihren Mitarbeitenden ermöglichen, Arbeitszeit aufzustocken und trotzdem ihren familiären Verpflichtungen nachzukommen.

IHK: Gibt es Pläne, den Wirtschaftsstandort Hessen noch attraktiver für ausländische Fachkräfte zu machen?

HEIKE HOFMANN: Hessen ist schon jetzt attraktiv für ausländische Fachkräfte, aber wir können und müssen noch besser werden. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und dem Chancen-Aufenthaltsrecht hat die Bundesregierung einen positiven und längst überfälligen Paradigmenwechsel eingeläutet. In Hessen erleichtert beispielsweise das Welcome-Center den Prozess des Ankommens von Migranten auf dem Arbeitsmarkt. Die Anlaufstelle mit Sitz in Frankfurt bietet sowohl Unternehmen als auch ausländischen Fachkräften die gebündelte Kompetenz des Arbeitsministeriums, der Regionaldirektion Hessen, der Agentur für Arbeit Frankfurt, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main. Das Projekt ist sehr erfolgreich – ein zweiter Standort in Nordhessen ist in Planung.

IHK: Und wie können wir noch besser werden?

HEIKE HOFMANN: Woran wir alle noch arbeiten müssen, ist unsere Willkommenskultur. Wir müssen alles dafür tun, ein vielfältiges, offenes und tolerantes Land zu bleiben, und dies auch nach außen zeigen. Ein weiterer Pluspunkt ist das erfolgreiche Pflegequalifizierungszentrum Hessen, das internationale Pflege- und Gesundheitsfachkräfte rekrutiert und bei Bedarf qualifiziert, um sie für hessische Einrichtungen einzusetzen. Zudem bauen wir die Stabsstelle »Fachkräfte für Hessen« personell und strukturell aus. Hier suchen wir gemeinsam mit Partnern wie der IHK und den Handwerkskammern nach Lösungen, wie wir für internationale Fachkräfte noch attraktiver werden können. Last, but not least arbeiten wir mit Nachdruck daran, die Digitalisierung der Migrationsverwaltung voranzutreiben und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu beschleunigen.

ZUR PERSON

Heike Hofmann wurde 1973 in Groß-Gerau geboren. Nach ihrem Abitur studierte sie Rechtswissenschaften an der Goethe-Universität in Frankfurt und ist seit 2002 Rechtsanwältin. Die SPD-Politikerin war von 2000 bis 2024 Abgeordnete des Hessiθschen Landtages, zudem von 2019 bis 2024 Vizepräsidentin des Hessischen Landtages. Seit dem 18. Januar 2024 ist Heike Hofmann hessische Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales.

Die Rezession verfestigt sich

Die südhessische Wirtschaft kommt nicht aus dem konjunkturellen Tal. Die Geschäfte laufen schlechter als im Herbst. Auf das Ende der Ampelregierung reagieren die Unternehmen verhalten. So lauten die zentralen Erkenntnisse der Konjunkturumfrage der IHK Darmstadt zum Jahresbeginn.

TEXT Dr. Peter Kühnl

Die südhessische Wirtschaft befindet sich noch immer in der Rezession. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Konjunkturumfrage der IHK Darmstadt, für die sie rund 900 Unternehmen aus der Region befragt hat. Die Industrie meldet Rückgänge bei Aufträgen und Umsatz, das Baugewerbe berichtet von Auslastungsproblemen. Die Einzelhändler sind vom Weihnachtsgeschäft enttäuscht. Lediglich im Dienstleistungsgewerbe gibt es neben Schatten auch Licht. Für die kommenden Monate sind die meisten Unternehmen unverändert pessimistisch. An die künftige Bundesregierung richtet die Wirtschaft klare Erwartungen.

Geschäftsklimaindex unter der Wachstumsschwelle

Der IHK-Geschäftsklimaindex fasst Lage und Erwartung der Unternehmen zusammen. Gegenüber Herbst 2024 verliert der Index einen Punkt. Er beträgt aktuell 88 Punkte und liegt damit 12 Punkte unter der Wachstumsschwelle. Erst bei mehr als 100 Indexpunkten kann von einer Wachstumserwartung gesprochen werden.

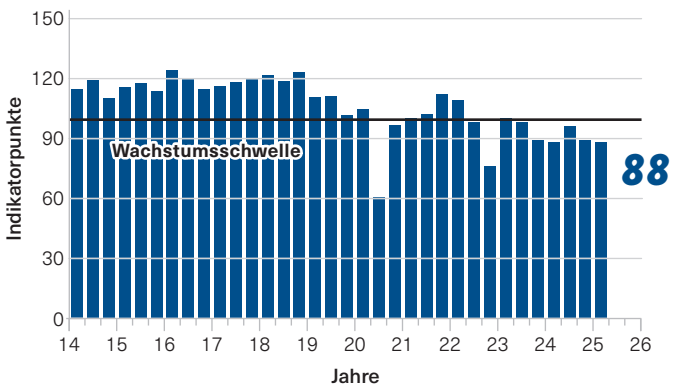
Nur 20 Prozent der befragten Unternehmen in Südhessen beurteilen ihre Lage als gut, 54 Prozent als befriedigend, 26 Prozent als schlecht. Gegenüber Herbst verliert der Saldo aus zufriedenen und unzufriedenen Unternehmen zwei Punkte. Er liegt jetzt bei minus sechs Prozentpunkten. »Es gibt derzeit nur wenig Auftriebskräfte, die die Konjunktur stützen«, sagt Robert Lippmann, Hauptgeschäftsführer der IHK Darmstadt.

Stellenabbau, aber kaum Insolvenzen

Die Zukunftserwartungen haben sich nicht verbessert. Nur 13 Prozent der Unternehmen rechnen mit einer Verbesserung der Situation, 56 Prozent glauben, dass es so bleibt, wie es ist. Knapp jedes dritte Unternehmen (31 Prozent) befürchtet eine weitere Verschlechterung. Damit bleibt der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen unverändert bei minus 18 Prozentpunkten. »Die schlechte Stimmung verfestigt sich«, erläutert Hauptgeschäftsführer Lippmann. »In der Folge treten die Unternehmer bei Personal und Investitionen weiter auf die Bremse, weil Geld und Zuversicht fehlen.« So wollen nur sieben Prozent der Unternehmen einstellen, aber 19 Prozent der Unternehmen erwarten, sich von Personal trennen zu müssen oder ausscheidende Mitarbeiter nicht zu ersetzen. Bei Investitionen ist die Zurückhaltung der Unternehmen noch deutlicher.

Während sich in Hessen die Krise auch in steigenden Insolvenzzahlen zeigt, ist Südhessen von einer Insolvenzwelle bislang verschont geblieben. »Die Liquiditätslage der südhessischen Unternehmen ist aber angespannter als im Herbst«, erklärt

GESCHÄFTSKLIMAINDEX



Lippmann. »Eine zeitverzögerte Entwicklung können wir nicht ausschließen. Südhessen ist keine Insel.«

Drei zentrale Risiken

Als größtes Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sehen die Unternehmen in Südhessen die Inlandsnachfrage. Diese Auffassung äußern aktuell zwei von drei Unternehmen (67 Prozent, plus neun Prozentpunkte). Am zweithäufigsten nennen die Unternehmen die Qualität der Wirtschaftspolitik (59 Prozent der Nennungen, minus zwei Prozentpunkte). Robert Lippmann: »Die Erwartungshaltung der Unternehmen hinsichtlich der Lösung unserer Standortprobleme ist offensichtlich gering. Die künftige Regierung wird absehbar ohne Vertrauensvorschuss starten.«

Als drittgrößtes Risiko sehen die Unternehmen die Entwicklung der Arbeitskosten (55 Prozent der Nennungen). »Hier machen sich die hohen Tarifabschlüsse sowie die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge bemerkbar, die von den Arbeitgebern anteilig finanziert wird«, ergänzt Lippmann.

Erwartungen an künftige Regierung

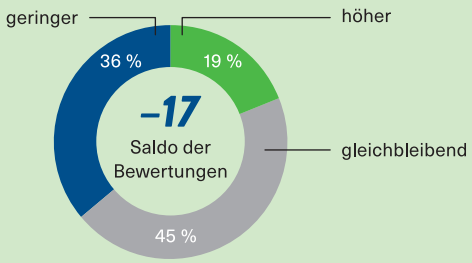
»Mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl ist wichtig, dass der drängende wirtschaftspolitische Handlungsbedarf im Fokus bleibt«, sagt Lippmann. Im Dialog mit den Unternehmen haben die hessischen Industrie- und Handelskammern deswegen einen Forderungskatalog zur Bundestagswahl 2025 erarbeitet. Ziel ist es, der neuen Bundesregierung konkrete Handlungsempfehlungen an die Hand zu geben, um der Konjunktur wieder Schwung zu geben. »Unternehmen brauchen stabile und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Hier hat die Politik vieles in der Hand, hier kann sie gestalten, allen voran beim Abbau bürokratischer Hürden, etwa durch die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und Meldepflichten«, betont Lippmann. Alle Maßnahmen, die Wachstum und Innovation fördern, müssen auf der Prioritätenliste nach oben.

Den vollständigen Konjunkturbericht der IHK Darmstadt finden Sie unter

www.ihk.de/darmstadt
→ Nr. 13442

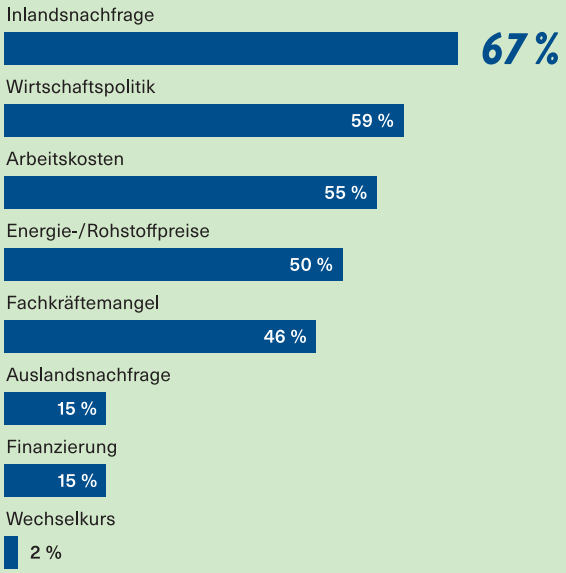
INVESTITIONEN

Sind in Ihrem Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten höhere Investitionen vorgesehen?



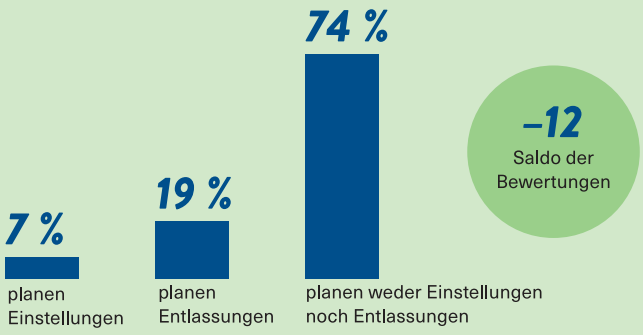
RISIKEN

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden zwölf Monaten? (Mehrfachnennungen möglich.)



BESCHÄFTIGUNG

Wollen Sie in den kommenden zwölf Monaten Personal einstellen oder abbauen?



EIN STROM, EINE ZONE!

Foto: iStock.com/ae-photos

Gegen die Aufteilung Deutschlands in Strompreiszonen richtet sich ein breites Bündnis im Süden der Republik. Auch die IHK Darmstadt betont in einem Positionspapier die Bedeutung einer einheitlichen Strompreiszone, um höhere Strompreise zu vermeiden.

TEXT Matthias Voigt

Wie ist die Ausgangslage?

Der deutsche Strommarkt ist als ein Strommarktgebiet bzw. eine Gebotszone gemeinsam mit Luxemburg organisiert. In dieser Zone gilt ein einheitlicher Strompreis, der sich über Angebot und Nachfrage bildet. Durch den Ausstieg aus fossilen Energien und den Zubau erneuerbarer Energien zeigen sich Stromangebot und -nachfrage zunehmend unausgeglichener innerhalb der deutschen Gebotszone. Für einen problemlosen Ausgleich durch Handel des Stroms innerhalb der Zone muss eine ausreichende Netzinfrastruktur vorhanden sein, welche fortlaufend ertüchtigt wird. Aus verschiedenen Gründen hat sich hierbei ein Zeitverzug ergeben, sodass Engpässe im Stromnetz vorhanden sind. Vor diesem Hintergrund prüft die EU derzeit, ob und wie unter anderem der deutsche Strommarkt in mehrere Gebotszonen aufgeteilt werden sollte.

Eine Aufteilung des Strommarkts kann negative Auswirkungen auf die Energiewirtschaft und die Industrie haben, insbesondere für stromintensive Unternehmen. Modellrechnungen für eine Gebotszonenaufteilung in Deutschland ergeben deutlich steigende Strompreise für die südlichen Regionen. Bereits die Ankündigung einer solchen Teilung würde die Investitionssicherheit und damit die Investitionsbereitschaft der Industrie sowie den Ausbau der Erneuerbaren im Norden Deutschlands massiv einbrechen lassen.

Wie sollte es sein?

Gerade in Deutschland als wichtiger Drehscheibe für europäische Stromflüsse braucht es in besonderem Maße Planungs- und Investitionssicherheit für den Ausbau des Stromnetzes anstatt Unsicherheit infolge möglicher und alle drei Jahre wieder zu diskutierender neuer Strompreiszonenzuschnitte. Eine an Nationalstaatsgrenzen orientierte Gebotszone wirkt wirtschaftlich stabilisierend, unterstützt die Investitionssicherheit und sichert gleichwertige Wettbewerbsbedingungen in ganz Deutschland. Ein einheitlicher Strommarkt mit Zugang für alle Marktteilnehmer in Deutschland trägt dazu bei, Wettbewerbsnachteile, Ungleichgewichte und Unsicherheiten zu vermeiden, die durch unterschiedliche Preisstrukturen in den verschiedenen Regionen entstehen würden. An der bewährten deutschen Strompreiszone muss daher festgehalten werden.

Was ist zu tun?

Regionale Unterschiede zwischen Stromangebot und -nachfrage in Deutschland können durch systemspezifische Aspekte wie eine planungsaufwendige und mit hohen Unsicherheiten verbundene Aufteilung Deutschlands in zwei oder mehrere Gebotszonen nicht effizient behoben werden. Stattdessen können lokale Allokationssignale den notwendigen Ausbau (gesicherter) Erzeugungsleistung im Süden Deutschlands anreizen und so den Druck auf die deutsche Preiszone reduzieren. Am Bundesbedarfsplangesetz für den Netzausbau ist festzuhalten und dieser mit aller Kraft zu beschleunigen. Engpässe können nur durch physische Maßnahmen effizient beseitigt werden.

Die Umsetzung des Aktionsplans der Bundesregierung zur Beseitigung von Netzengpässen ist daher eine unabdingbare Voraussetzung für die Realisierung der kostengünstigen, bedarfsgerechten und klimaneutralen Stromversorgung in Deutschland bis 2045. Die Ziele des Aktionsplans sind deshalb richtig und konsequent weiter zu verfolgen.

NEUES PORTAL FÜR DEN AUSSENHANDEL

Das Außenwirtschaftsportal Hessen ist ein neues Angebot der hessischen IHKs. Unternehmen finden dort Daten zu mehr als 150 Auslandsmärkten, jeweils mit einem Kurzüberblick und relevanten Links sowie Ansprechpartnern.

Weitere Schwerpunkte im Informationsangebot sind Import- und Exportvorschriften sowie Compliance-Anforderungen rund um die Lieferkette. Im internationalen Geschäft werden aber nicht nur Güter bewegt, sondern es reisen häufig auch Mitarbeiter zum Beispiel für Beratungen oder Montagen zum Kunden. Zu wichtigen Aspekten der Mitarbeiterentsendung und Erbringung von Dienstleistungen mit Fokus EU informiert der sogenannte Dienstleistungskompass. Dabei geht es auch um Meldepflichten und Mindestgehälter oder um steuerliche Aspekte.

Die hessischen IHKs bündeln künftig auch ihre Beratungs- und Veranstaltungsangebote im Außenwirtschaftsportal Hessen. Unternehmen finden so schnell das passende Webinar oder Vor-Ort-Seminar. Über eine Postleitzahlenabfrage sind die regionalen IHK-Ansprechpartner zu einem speziellen Thema oder Land sofort erreichbar.

Hessen exportierte im Jahr 2024 Waren im Wert von rund 80 Milliarden Euro. Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, liegt im verarbeitenden Gewerbe bei rund 54 Prozent. Umso wichtiger ist die Unterstützung der hessischen Wirtschaft durch die Bereitstellung wichtiger Kennzahlen für das Exportgeschäft. Dr. Jürgen Ratzinger, Federführer International des Hessischen Industrie- und Handelskammertags, unterstreicht die Bedeutung des neuen Portals: »Das Außenwirtschaftsportal Hessen ist ein Projekt, das wir mit großem Engagement vorantreiben, weil es vor allem kleinen und mittleren Unternehmen die Informationen bietet, die sie im Auslandsgeschäft brauchen. In Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern aus Bayern und Nordrhein-Westfalen haben wir unsere Kräfte und Erfahrungen gebündelt, um eine Plattform zu schaffen, die Unternehmen schnell und unkompliziert mit wertvollen Informationen und Beratung versorgt. So können sie international erfolgreich durchstarten.«

www.weltweit-erfolgreich.de/hessen

Foto: iStock.com / Cholada Hongsaeng

DAS BIETET DAS AUSSENWIRTSCHAFTSPORTAL

- **Marktdaten und Länderberichte:** Informationen über die wirtschaftliche Lage, Geschäftspraxis und rechtliche Rahmenbedingungen in verschiedenen Ländern.
- **Zoll- und Einfuhrbestimmungen:** Übersicht zu Vorschriften und Regelungen, die im grenzüberschreitenden Handel beachtet werden müssen.
- **Dienstleistungskompass:** (Steuer-)Rechtliche Grundlagen zu Mitarbeiterentsendung und grenzüberschreitenden Dienstleistungen in europäischen Ländern.
- **Aktuelle Themen:** Hilfestellungen für die Praxis zu aktuellen außenwirtschaftspolitischen Themen wie Lieferketten, E-Commerce etc.
- **Ansprechpartner:** Wichtige Kontaktstellen von der lokalen IHK über öffentliche Institutionen bis hin zur Auslandshandelskammer vor Ort.

Bürstädter Einzelhändler macht bei Kampagne auf Social Media mit

Wachsende Bürokratie, lange Planungsverfahren oder fehlende Digitalisierung bremsen die deutsche Wirtschaft jeden Tag aufs Neue. Daher haben Industrie- und Handelskammern quer durch Deutschland eine Social-Media-Kampagne unter dem Hashtag #GemeinsamBesseresSchaffen aufgelegt, die die aktuellen Probleme benennt und Lösungsvorschläge aufzeigt. Die Motive werden über LinkedIn und Instagram ausgespielt.

Ein Beitrag zur Kampagne kommt nun aus Bürstadt. Darin beklagt Burkhard Vetter, Geschäftsführer von Vetter Moden, überbordende Bürokratie und hohe Kosten. Die vielen Papierrollen auf dem Tresen deuten es an: Statt einer Ausgabepflicht für Kassenbons spricht sich der Geschäftsmann für pragmatische Lösungen aus. So könnten Zusatzkosten für Einzelhändler vermieden werden.

Zollrechtstag live in neuem Format

Der Zollrechtstag Rhein Main Neckar gilt seit Jahren bei international tätigen Unternehmen als bewährtes und gern genutztes Angebot. Bei seiner 15. Auflage geht der Zollrechtstag 2025 neue Wege. Am 21. Mai 2025 werden von 9:30 bis 14:30 Uhr in der IHK Darmstadt, Rheinstraße 89, interaktive Fachvorträge gehalten und durch Erfahrungen aus der Praxis ergänzt. Spannende Diskussionen können in der Networking-Area fortgesetzt werden. Neben der Vermittlung von aktuellen Informationen soll verstärkt der Austausch und die Vernetzung der Teilnehmenden gefördert werden. Auf dem Programm stehen Themen wie Haftungsrisiken bei der Exportkontrolle minimieren, Fakten und Mythen der Lieferketten-Compliance sowie der aktuelle Stand bei CBAM, verbunden mit einem Ausblick, und die globale Vernetzung durch Freihandelsabkommen. Weitere Informationen und Anmeldung unter

www.ihk.de/darmstadt
→ Nr. 65063

Foto: iStock.com/sanjeri

Auftragsmangel im Wohnungsbau auf Rekordniveau

Strukturelle Hemmnisse und gestiegene Kosten stellen weiterhin eine erhebliche Belastung für die Bau- und Immobilienwirtschaft in der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main dar. Das hat zu sinkenden Baugenehmigungs- und Fertigstellungsraten geführt.

TEXT Matthias Voigt

Die Bau- und Immobilienwirtschaft ist ein ökonomisches Schwergewicht in Frankfurt-Rhein-Main. Sie hat maßgeblichen Anteil am wirtschaftlichen Wachstum und am Wohlstand der Metropolregion. Die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen der Branche erzielten im Jahr 2022 einen steuerbaren Umsatz von rund 47,5 Milliarden Euro. Rund 218.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte waren 2023 in der Bau- und Immobilienwirtschaft in Frankfurt-Rhein-Main beschäftigt.

Doch strukturelle Hemmnisse und gestiegene Kosten stellen eine erhebliche Belastung für die Bau- und Immobilienwirtschaft in der Metropolregion dar. Das zeigt das aktuelle Branchenportrait 2024/2025, das Perform Zukunftsregion Frankfurt-Rhein-Main, die gemeinsame Initiative der regionalen Wirtschaftskammern der Metropolregion, jetzt veröffentlicht hat. »Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben zu einer regelrechten Konjunkturdelle im Baugewerbe geführt. Das aktuelle Marktumfeld ist von erschwerenden Finanzierungskonditionen, Überregulierung, fehlenden Fach- und Arbeitskräften, den Nachwirkungen der hohen Inflationsraten sowie stark gestiegenen Baukosten geprägt«, fasst Ulrich Caspar, Vorsitzender von Perform und Präsident der IHK Frankfurt am Main, zusammen. 57 Prozent der Unternehmen in Frankfurt-Rhein-Main hätten im Januar 2025 fehlende Aufträge gemeldet.

Das Branchenportrait kann kostenlos heruntergeladen werden. Mockup: freepik.com/rizkyaudymas

Der Arbeits- und Fachkräftemangel bleibt laut Branchenportrait ein strukturelles Problem, das insbesondere die Baubranche empfindlich trifft. Außerdem haben neben den gestiegenen Kosten und dem Arbeits- und Fachkräftemangel die stark erhöhten Zinsen seit 2022 die Baufinanzierung erheblich erschwert. Die konjunkturelle Lage der Bau- und Immobilienwirtschaft hält Caspar insbesondere mit Blick auf den Wohnungsbau für besorgniserregend. »Die Verfügbarkeit von beziehbarem Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Finden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine angemessenen Wohnmöglichkeiten, droht sich der Arbeits- und Fachkräftemangel in der Region weiter zu verschärfen.«

Caspar sieht die Politik in der Pflicht, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um die Abwärtsspirale in der Bau- und Immobilienwirtschaft aufzuhalten. Das Augenmerk solle auf dem Abbau der Investitionshemmnisse, auf Deregulierung und auf einer nach vorn gerichteten Wirtschaftspolitik liegen. Dazu gehöre auch eine Reduzierung der Planungs- und Genehmigungszeiten. Das Branchenportrait steht im Menü unter »Publikationen« zum kostenfreien Download bereit:

www.perform-frankfurtrheinmain.de/politik

Anzeige

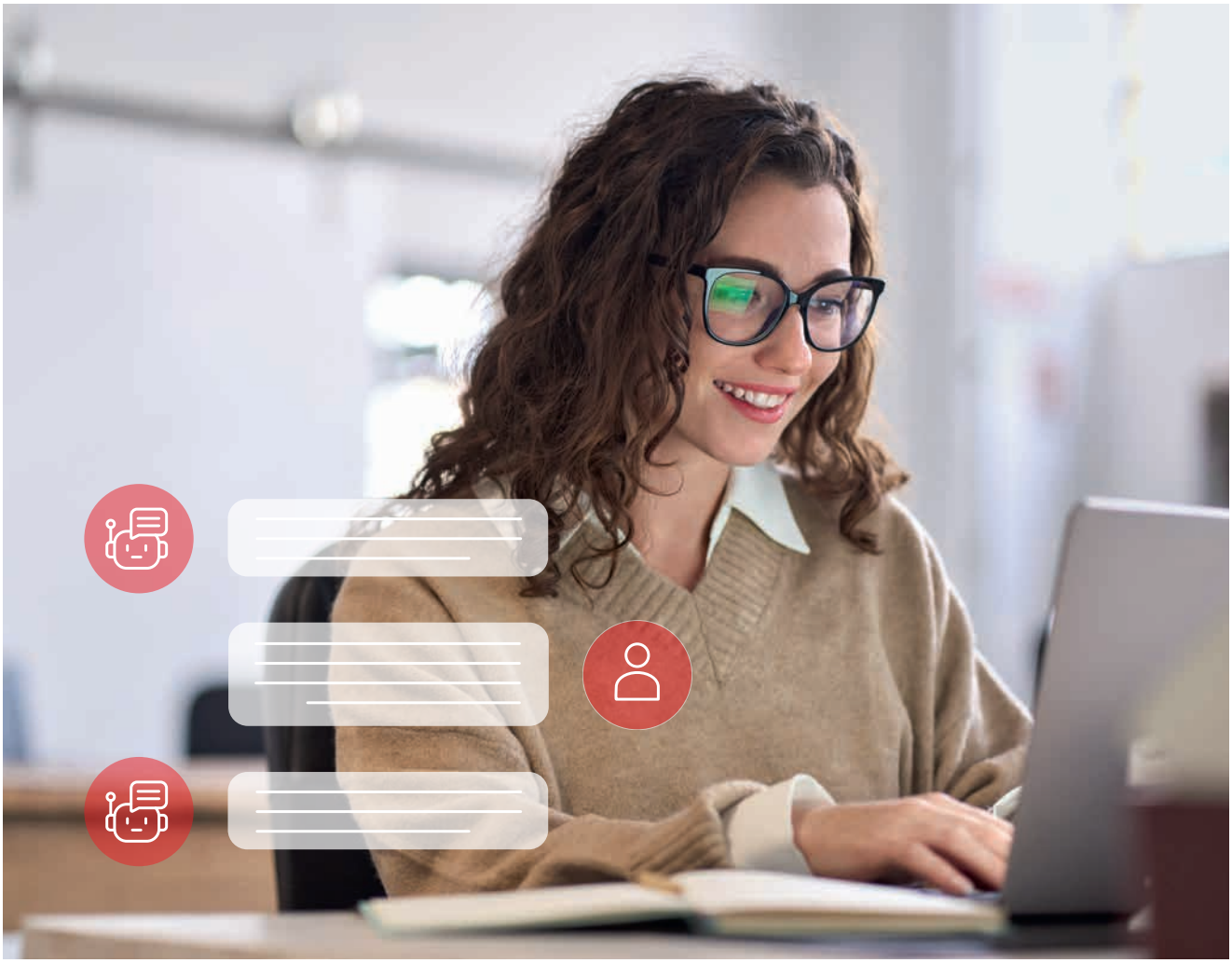


Foto: iStock.com/insta_photos

Regeln für KI in Europa

Mit dem Artificial Intelligence Act (AI Act) legt die EU einen Rahmen fest, um vertrauenswürdige KI und verantwortungsvolle KI-Innovationen in Europa zu fördern. Unternehmen, die KI entwickeln oder nutzen, werden von den Regeln betroffen sein.

TEXT Matthias Voigt

Künstliche Intelligenz (KI) ist zu einem zentralen Bestandteil der digitalen Wirtschaft geworden. Ob in der Fertigung, im Gesundheitswesen oder im Finanzsektor – KI treibt Innovationen voran und schafft neue Möglichkeiten. Um der Entwicklung nachzukommen, hat die EU bereits zum 1. August 2024 eine Verordnung erlassen, die auf einem risikobasierten Ansatz für KI-Entwickler und KI-Bereitsteller beruht. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen nun den AI Act in nationales Recht gießen. Wir haben die wesentlichen Fragen und Antworten zusammengetragen.

WARUM GIBT ES DEN AI ACT?

Der AI Act wurde eingeführt, um die potenziellen Risiken, die mit dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz verbunden sind, zu minimieren. Es gibt Bedenken, dass KI-Systeme diskriminieren könnten, etwa wenn sie auf voreingenommenen Datensätzen basieren, Nutzer manipulieren oder verwendet werden könnten, um Menschen unrechtmäßig zu überwachen. Mit dem AI Act will die EU sicherstellen, dass KI die Sicherheit, Gesundheit und Grundrechte von EU-Bürger*innen nicht gefährdet und im Einklang mit europäischen Werten eingesetzt wird.

FÜR WEN GILT DER AI ACT?

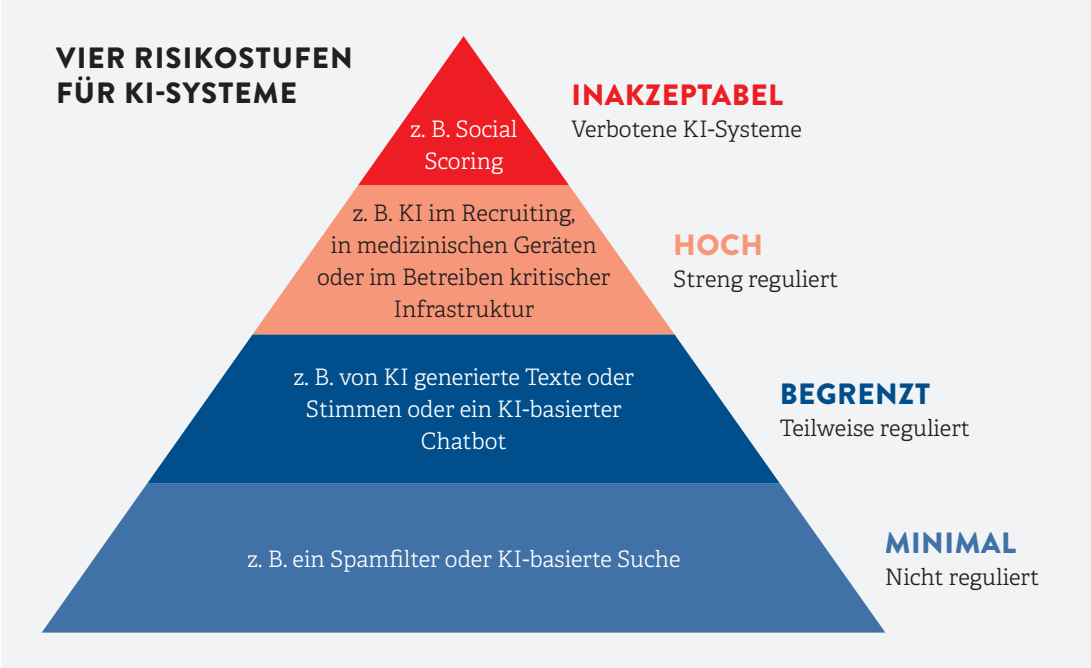
Der Rechtsrahmen gilt nach dem Marktortprinzip für jegliche Akteure innerhalb und außerhalb der EU, die ein KI-System in der Union auf den Markt bringen und dessen Verwendung Auswirkungen auf EU-Bürgerinnen und EU-Bürger hat. Der AI Act nimmt **jegliche Akteure entlang der Wertschöpfungskette** in Verantwortung, wenn auch in unterschiedlichem Maß. So werden etwa Unternehmen dann zum **Anbieter**, wenn sie KI-Systeme entwickeln, zur Nutzung bereitstellen oder unter dem eigenen Namen oder der eigenen Handelsmarke auf den Markt bringen. Sie werden dann zu **Betreibern**, wenn sie KI-Systeme nutzen oder in interne Prozesse integrieren.

WELCHE RISIKOSTUFEN GIBT ES?

Das KI-Gesetz der EU definiert vier Risikostufen für KI-Systeme: inakzeptables, hohes, begrenztes und minimales (bzw. kein) Risiko. Für jede Klasse wird es unterschiedliche Vorschriften und Anforderungen geben.

1. Das **inakzeptable Risiko** ist die höchste Risikostufe. Diese Stufe kann in acht KI-Anwendungen unterteilt werden, die mit den Werten und Grundrechten der EU inkompatibel und damit in der EU verboten sind. Dazu gehören bspw. unterschwellige Manipulation, die Beurteilung des emotionalen Zustands einer Person am Arbeitsplatz oder in der Ausbildung oder auch »Social Scoring«.

2. KI-Systeme mit **hohem Risiko** werden am schärfsten reguliert, sind aber dennoch auf dem EU-Markt zugelassen. Diese Stufe umfasst im Wesentlichen Sicherheitskomponenten von bereits regulierten Produkten und gewisse KI-Systeme, die die Gesundheit und Sicherheit von Menschen, ihre Grundrechte oder die Umwelt gefährden könnten. Diese KI-Systeme können potenziell erheblichen Schaden verursachen, wenn sie versagen oder missbraucht werden, bspw. Systeme im Bewerbungsprozess oder für die Bewertung der Kreditwürdigkeit. Anbieter solcher Hochrisiko-Systeme müssen



Quelle: digitalhub-ai.de

einer Reihe an Verpflichtungen nachkommen, z. B. umfangreiche (technische) Dokumentation, Implementierung eines Risikomanagement-Systems oder menschliche Aufsicht (mithilfe von Tools).

3. Unter **begrenztem Risiko** werden KI-Systeme mit einem Risiko der Manipulation oder Täuschung klassifiziert. KI-Systeme, die unter diese Kategorie fallen, müssen Transparenzbestimmungen einhalten, das heißt, Menschen müssen über eine Interaktion mit einer KI informiert werden – sofern dies nicht offensichtlich ist –, und alle »Deepfakes« bzw. KI-generierte Inhalte müssen gekennzeichnet werden. Chatbots zum Beispiel werden als begrenztes Risiko eingestuft.

4. Das **minimale Risiko** ist die niedrigste Risikostufe. Hierzu gehören alle KI-Systeme, die nicht unter die oben genannten Kategorien fallen, wie z. B. ein Spamfilter. Für diese KI-Systeme gibt es keine Einschränkungen oder verbindlichen Verpflichtungen. Es wird aber empfohlen, Grundsätze wie menschliche Beaufsichtigung, Nichtdiskriminierung und Fairness zu befolgen.

WAS VERBIRGT SICH HINTER DER PFLICHT ZUR KI-KOMPETENZ-VERMITTLUNG?

Artikel 4 verpflichtet Unternehmen sicherzustellen, dass alle beteiligten Akteure, die mit der Entwicklung, Implementierung und Nutzung von KI-Systemen in einem Unternehmen befasst sind, über die erforderlichen Kompetenzen und Kenntnisse verfügen. Dies betrifft Anbieter und Betreiber, unabhängig davon, ob es sich um eine KI mit minimalem oder hohem Risiko handelt. Sicherzustellen ist, dass Mitarbeiter ausreichend über die Funktionsweise, die potenziellen Risiken und die sicheren Einsatzmöglichkeiten der KI-Systeme informiert und je nach Bedarf geschult sind.

WER HAT DIE AUFSICHT?

Die nationale KI-Aufsichtsbehörde muss spätestens bis zum 2. August 2025 von der Bundesregierung ernannt werden. Sie wird die Einhaltung der Vorgaben des AI Acts in Deutschland und die Zulassung von Hochrisiko-KI-Systemen überwachen, Unternehmen beraten sowie Sanktionen verhängen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sieht dafür die **Bundesnetzagentur** vor. Produktrelevante Fragen für den Automotivebereich aber sollen weiterhin in der Verantwortung des Kraftfahrtbundesamts liegen. Die Verhandlungen dazu sind noch nicht abgeschlossen.

WIE HOCH SIND DIE STRAFEN?

Bei einem Verstoß gegen das Regelwerk für »GPAI«-Systeme und Systeme mit hohem oder begrenztem Risiko drohen Strafen von bis zu 15 Millionen Euro oder 3 % des weltweiten Jahresumsatzes des Unternehmens. Wer den Behörden keine korrekten und vollständigen Informationen übermittelt oder irreführende Angaben macht, muss mit Geldbußen von bis zu 7,5 Millionen Euro oder 1,5 % des weltweiten Jahresumsatzes rechnen. Setzt man verbotene KI-Systeme ein oder hält man sich nicht an die Datenanforderungen, drohen sogar Strafen von bis zu 35 Millionen Euro oder 7 % des weltweiten Jahresumsatzes. KMUs und Start-ups können mit geringeren Strafen belegt werden. Weitere Infos zum AI Act unter

www.ihk.de/darmstadt
➔ Nr. 6261116

WIE IST DER ZEITPLAN?

Februar 2025	Mai 2025	August 2025	August 2026
Verbot unannehmbarer KI	Veröffentlichung der KI-Verhaltenskodizes	GPAI-Regeln treten in Kraft und Ernennung der nationalen Behörde	Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme

RECHT & STEUERN

ERFOLGLOSE KLAGE GEGEN NEUE GRUNDSTEUER

Das Hessische Finanzgericht hat ein Grundsatzurteil gesprochen. Demnach hält es die für Hessen neu geregelte Grundsteuer nach dem Hessischen Grundsteuergesetz für verfassungsgemäß. Damit hatte eine Klage, die sich gegen das hessische Grundsteuermodell richtete, keinen Erfolg.

Im Kern ging es um das Flächen-Faktor-Verfahren, das dem Hessischen Grundsteuergesetz zugrunde liegt. Nach Ansicht des Gerichts ist es verfassungsgemäß. Es lasse sich mit dem Äquivalenzgedanken begründen, ohne dabei mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip in Widerspruch zu geraten. Vielmehr sei per se leistungsfähig, wer Eigentümer eines Grundstücks sei.

Beim Äquivalenzprinzip, das im Hessen-Modell den Belastungsgrund bildet, gehe es darum, Grundstücksnutzer für deren Möglichkeit der Teilhabe an kommunaler Infrastruktur monetär in Anspruch zu nehmen. Dieses Prinzip werde mit dem gesetzlichen Belastungsmaßstab nach Fläche, Nutzung und Lage der Grundstücke folgerichtig umgesetzt. Die typisierende Annahme des Gesetzgebers – »je größer Grundstück und Gebäude und je besser die Lage in der Kommune, desto höher die Grundsteuer« – sei zulässig. Das Flächen-Faktor-Verfahren sei ein wertunabhängiges Modell, bei dem typische wertbestimmende Merkmale wie Alter oder Ausstattung von Immobilien außer Betracht blieben. Das Anknüpfen an Bodenrichtwertrelationen sei keine Wertkomponente.

HINTERGRUND

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Jahr 2018 die Vorschriften zur Einheitsbewertung, die bisher Grundlage für die Bemessung der Grundsteuer waren, für verfassungswidrig erklärt, weil die Einheitswerte der Grundstücke bezogen auf ihren Verkehrswert in ihrer Relation nicht realitäts- und gleichheitsgerecht bemessen waren, sondern zu Wertverzerrungen geführt hatten. Der Landesgesetzgeber erließ daraufhin zum 15.12.2021 ein vom Grundsteuergesetz des Bundes abweichendes **Landesgesetz**. Weitere Informationen zur Grundsteuer in Hessen finden Sie unter

https://finanzamt.hessen.de/grundsteuerreform/faq-grundsteuer

Foto: iStock.com/We-Ge

Geklagt hatte eine Grundstückseigentümerin, deren Grundstück mit einem Zweifamilienhaus bebaut ist. Das Finanzamt ermittelte den Grundsteuermessbetrag gemäß der eingereichten Erklärung und erließ einen entsprechenden Grundsteuermessbescheid. Dagegen wandte sich die Klägerin mit der Begründung, dass die Neuregelung des Hessischen Grundsteuergesetzes gegen das verfassungsrechtliche Bestimmtheitsgebot und gegen das Leistungsfähigkeits- und Äquivalenzprinzip verstoße. Die gesetzliche Neuregelung berücksichtige insbesondere nicht, welche tatsächlichen Infrastrukturkosten in einer Kommune gedeckt werden müssten. Vielmehr sei es dem Landesgesetzgeber nur darauf angekommen, in etwa das bisherige Messbetragsvolumen zu erlangen.

Das Hessische Finanzgericht hat dies nun zurückgewiesen und mitgeteilt, dass keine Veranlassung bestehe, die Kostenstrukturen der Gemeinden zu ermitteln und untereinander ins Verhältnis zu setzen, da die Grundsteuer kein Äquivalent für eine konkrete staatliche Leistung sei.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Sache hat das Hessische Finanzgericht die Revision zum Bundesfinanzhof zugelassen. Die Einlegung der Revision durch die Klägerin bleibt nun abzuwarten.

VERLAGS

Special

2
2025

Die Bergstraße stellt sich vor

www.zarbock.de

Impressum: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Sontraer Straße 6, 60386 Frankfurt am Main, Telefon 069/42 09 03-75
Die Textbeiträge in diesem Verlagsthema wurden von den werbenden Unternehmen verfasst.

Foto: Istock/PedroEdward

Fachkräftemangel?

So locken Betriebe Mitarbeiter an die Bergstraße

Neben betrieblichen Benefits haben Unternehmen im Landkreis Bergstraße noch weitere schlagkräftige Argumente, um begehrten Fachkräften die Arbeit in der Region schmackhaft zu machen.

Was wollen Arbeitnehmer heute? Welche Ansprüche stellen sie an den Job, den Arbeitgeber, das Umfeld? Angesichts der Schwierigkeiten, qualifizierte Mitarbeiter zu finden, beschäftigen sich in vielen Unternehmen ganze Abteilungen damit, Antworten auf diese Fragen zu finden. Die Erkenntnis, dass ein gutes Gehalt und Karrierechancen allein nicht mehr ausreichen, hat sich mittlerweile durchgesetzt. Arbeitnehmer-Benefits wie eine betriebliche Krankenversicherung, Altersvorsorge, aber auch mobiles Arbeiten, Kinderbetreuung, Coaching und Weiterbildung stehen auf der Beliebtheitsskala weit oben – alles vor dem Hintergrund, eine möglichst ausgeglichene Work-Life-Balance zu schaffen. Und hier hat speziell der Landkreis Bergstraße einige Pluspunkte zu bieten.

Pluspunkt Standortvorteil: Eingebettet in idyllische Natur liegt der Landkreis in unmittelbarer Nähe zu zwei europäischen Metropolregionen. Mehr als 8 Millionen Menschen leben zwischen Frankfurt/Rhein-Main und Rhein-Neckar. Zur Verfügung steht ein dichtes Infrastrukturnetz aus Straße, Schiene, Wasser und

KLN Ultraschall AG

Technologie aus Heppenheim für die ganze Welt

Die KLN Ultraschall AG hat ihren Ursprung an der Bergstraße und ist heute ein namhaftes Unternehmen von Sondermaschinen, Systemen und Werkzeugen zum Schweißen und Fügen von Kunststoffteilen sowie von industriellen Reinigungstechniken. Die komplexen Technologien der Kunststoffverbindung sowie der Ultraschall- und Spritzreinigungstechnik zählen zu den Kernkompetenzen unseres Unternehmens.

An zwei Standorten in Heppenheim arbeitet unser Expertenteam mit derzeit 180 Mitarbeiter:innen an anspruchsvollen Projekten und tragen so zur Weiterentwicklung innovativer Technologien bei. Seit 2000 gehört die KLN Ultraschall AG zur Crest Ultrasonics Corp. aus den USA und ist somit Teil eines globalen Netzwerks mit über 1.000 Mitarbeiter:innen an 20 Standorten weltweit.

KLN bedient nicht nur die Automobil- und Elektronikindustrie, sondern ist auch in den Märkten für Weiße Ware, Konsumgüter und Medizintechnik aktiv. Besonders in der Entwicklung alternativer Antriebstechnologien, wie Wasserstoff, spielt das Unternehmen eine zentrale Rolle. Die Expertise von KLN im Bereich Wasserstofftechnologie zeigt sich in der Entwicklung von Maschinen zur Herstellung von Wasserstofftanks – eine Schlüsseltechnologie für die Zukunft der Antriebstechnologien.

Neben der technologischen Vielfalt setzt KLN auch auf die Ausbildung junger Talente und Fachkräfte. KLN bildet Fachkräfte in den Bereichen Mechatronik, Industrie-Mechanik und Industrie-Elektronik sowie technische Produktdesigner:innen aus. Zudem bietet das Unternehmen in Kooperation mit der Dualen Hochschule Darmstadt die Möglichkeit eines dualen Studiums – eine perfekte Kombination aus Theorie und Praxis für die nächste Generation von Ingenieur:innen und Techniker:innen.

Mit einer starken Verbindung zur Region Bergstraße und einem globalen Netzwerk trägt KLN Ultraschall AG sowohl zur wirtschaftlichen Stärke der Region als auch zur weltweiten Innovationskraft bei.

Wenn Sie mehr über die Technologien von KLN erfahren möchten oder Fragen haben, können Sie sich gerne direkt an uns wenden. Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

Mehr Informationen finden Sie unter **https://www.kln.de**

KLN Ultraschall
A Crest Group Company

Foto: Istock/travelview

Luftverkehr. Die wichtigsten Verkehrsknotenpunkte sind in einer guten halben Stunde erreichbar.

Pluspunkt Kinderfreundlichkeit: Öffentliche, kirchliche und private Kindergärten, Grund- und weiterführende Schulen bilden eine vielfältige Auswahl. Und in Viernheim, der zweitgrößten Stadt im Landkreis Bergstraße, hat die Metropolitan International School ihren Haupt-Campus – Bildung auf internationalem Niveau, vom Kindergarte bis zur Sekundarstufe.

Pluspunkt berufliche Weiterbildung: Bei einer Studie der Internet-Plattform Kununu zu den beliebtesten Benefits für Beschäftigte landete der Punkt „Coachings und Fortbildungen" auf Platz zwei, nur noch übertroffen von der Möglichkeit zu mobilem Arbeiten. Im Landkreis fungiert die Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH als offizielle Beratungsstelle für Unternehmen und deren Mitarbeiter. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch zusätzliche Qualifikationen ihre Karrierechancen erhöhen möchten, werden dabei von zertifizierten Bildungs-Coaches begleitet – von der Suche nach einer geeigneten Weiterbildungsmaßnahme bis zur erfolgreichen Prüfung. Auf Wunsch kommen die Coaches sogar zu den Mitarbeitenden ins Unternehmen.

Pluspunkt Arbeitsplatzsicherheit: Anfang 2025 lag die Arbeitslosenquote im Landkreis Bergstraße bei lediglich 4,7 Prozent (Hessen: 5,9 Prozent, Deutschland: 6,4 Prozent). Dafür sorgt unter anderem eine attraktive Mischung aus stabilen Mittelstandsunternehmen, traditionellen Familienbetrieben und internationalen Konzernen, die im Landkreis tätig sind. Und ein sicherer Arbeitsplatz ist für viele Stellensuchende noch immer eines der Hauptkriterien für ihre Jobentscheidung.

Pluspunkt Lebensqualität: Die Bergstraßenregion wird häufig als „Frühlingsgarten Deutschlands" bezeichnet – und wer möchte nicht in einem Frühlingsgarten leben und arbeiten? Aufgrund des milden Klimas zieht der Lenz hier zeitiger im Jahr ein als anderswo im Land. Mandel- und Kirschblüte, viele Sonnentage und der gute Bergsträßer Wein locken jedes Jahr zahlreiche Touristen. Arbeiten, wo andere Urlaub machen – ein Argument, das bei der Jobsuche sicher so manche Fachkraft verlocken könnte!

Start it up!

Hier finden Existenzgründer Hilfe

Foto: Istock/Vasyl Dolmatov

Ein Unternehmen gründen – oft leichter gesagt als getan. Im Kreis Bergstraße können Start-ups auf ein breites Unterstützungsangebot setzen.

Wie in fast allen Lebensbereichen ist auch bei der Existenzgründung ein weitreichendes Netzwerk enorm hilfreich. Hier kann zum Beispiel das „Netzwerk Gründung Südhessen“ (netzwerk-gruendung.de) ein guter erster Anlaufpunkt sein. Es setzt sich aus über 30 Mitgliedseinrichtungen zusammen. Dazu gehören beispielsweise die Existenzförderstellen der Handwerkskammer, die Bundesagentur für Arbeit, Gründungszentren, Hochschulen und auch Berater aus den jeweiligen Kommunen. Zu jedem Gründungsthema stehen sie Interessierten mit Rat und Tat zur Seite. Außerdem organisiert das Netzwerk jedes Jahr an unterschiedlichen Standorten die Gründermesse „Tag der Gründung“.

Kostenfreie Gründungsberatung finden künftige Unternehmerinnen und Unternehmer auch bei der Wirtschaftsförderung Bergstraße (wirtschaftsregion-bergstrasse.de). Insbesondere geben Experten Tipps zu Fördermitteln und Finanzierung des Gründungsprojektes, helfen bei der Erstellung eines Businessplans und vermitteln Ansprechpartner für weitere Auskünfte.

Auch in der Zeit unmittelbar nach der Unternehmensgründung bietet die Wirtschaftsförderung umfassende Hilfe und Beratung.

Unter existenzgruendung.hessen.de finden sich weitere, vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten und Infos für Gründungswillige. Das Portal wird vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum betrieben. Zum Angebot zählen die Bereitstellung von Info-Material, Vermittlung von Beratungsangeboten, Informationen zu Förderprogrammen und eine Übersicht über aktuell anstehende Events. Und nicht zuletzt helfen auch die Industrie- und Handelskammern des Landes Existenzgründern bei ihrem Start in die Unternehmertätigkeit.

BAUMANN & BAUMANN
Steuerberater, Rechtsanwälte, Notare und Wirtschaftsprüfer.
Unternehmens- und Fördermittelberater.
Seit 1975.
Standorte: Ober-Ramstadt, Michelstadt, Bensheim, Darmstadt und Frankfurt am Main.
Zukunftsorientiert. Verantwortungsvoll. Persönlich.

Die Kanzlei für strategische Beratung in Steuern und Recht.
Wir gestalten Wohlstand.

BIII Wirtschaftsprüfung
Maßgeschneiderte Prüfungsansätze für komplexe Unternehmensmerkmale.

BAUMANN & BAUMANN STEUERN. RECHT. STRATEGIE.

BAUMANN & BAUMANN PartmbB Steuerberater Rechtsanwälte I Notare I Wirtschaftsprüfer I Seit 1975.
Nieder-Ramstädter Straße 25 64372 Ober-Ramstadt
Zweigniederlassungen: Michelstadt, Bensheim, Darmstadt und Frankfurt
Tel +49 (0) 6154 / 6341-0 info@**baumann-baumann.de**

Foto: Istock/Leonid Andronov

Bergstraße

Beliebt bei Urlaubern und Geschäftsreisenden

Nicht nur wirtschaftlich hat die Region um den Landkreis Bergstraße viel zu bieten. Auch touristisch zählt sie zu den reizvollsten Gegenden Deutschlands.

Foto: Unspash/Christian De Stradis

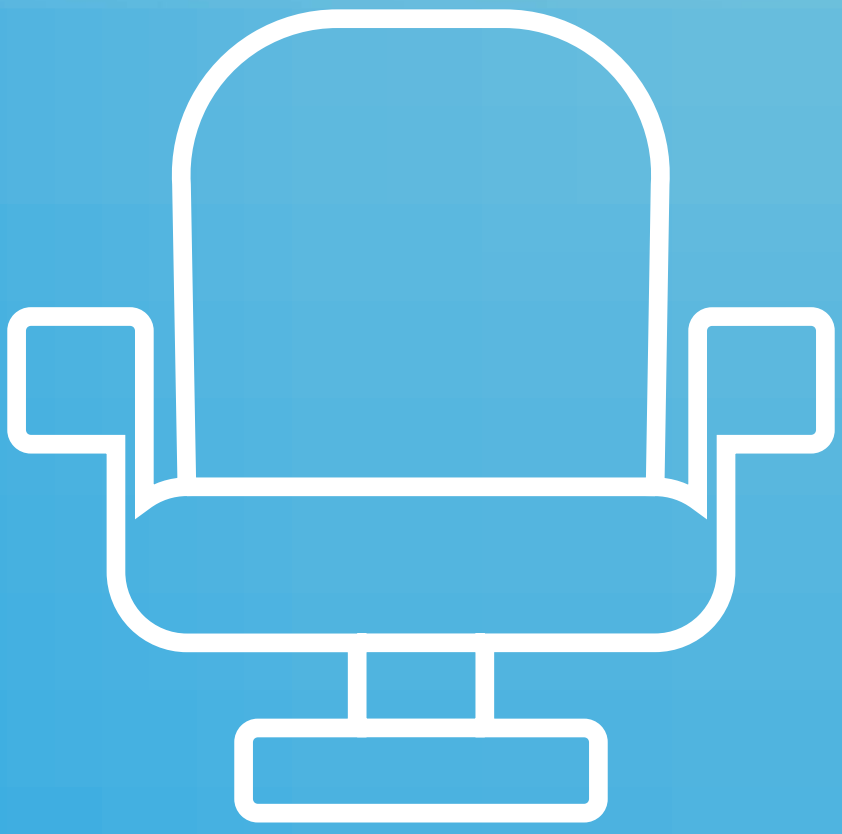
Urlaubsregion Bergstraße – wetten, dass auch viele Ihrer auswärtigen Geschäftspartner noch gar nicht wussten, wie viele Möglichkeiten es gibt, ein paar private Erholungstage an den Arbeitsbesuch anzuhängen?

Die schon Anfang April oder gar Ende März einsetzende Baumblüte hat der Region den Beinamen „Frühlingsgarten Deutschlands“ eingebracht. Nur 30 Minuten von der Mainmetropole Frankfurt entfernt befindet man sich bereits mitten im UNESCO Geopark Bergstraße-Odenwald. Schlösser und Burgen, Rad- und Wanderwege, Obstgärten und Spargelfelder, Wiesen und Wälder bilden eine malerische Landschaft, in der man den Stress des Geschäftslebens schnell hinter sich lässt.

Nicht zu vergessen sind dabei natürlich die Weinberge der Hessischen und Badischen Bergstraße, die auf das 2 000 Jahre alte Vermächtnis der Römer verweisen. Schon sie bauten hier erstmals Wein an. Vielleicht hatte Kaiser Josef II. ja auch das im Sinn, als er 1764 auf der Reise von Frankfurt nach Wien über die Bergstraße urteilte: „Hier fängt Deutschland an, Italien zu werden!“ Kultur, Kulinarisches aus Keller und Küche sowie ein wunderbar mildes Klima werden noch heute von Reisenden in der Region Bergstraße geliebt.

Viele Tipps für auswärtige Freunde und Partner finden sich im Internet unter anderem auf diebergstrasse.de. Broschüren des Tourismus Service Bergstraße e.V. sind hier kostenlos herunterzuladen.

RELEVANZ ENTSCHEIDET



91 %

Von den 2,6 Millionen Menschen im weitesten Leserkreis der IHK-Zeitschriften beurteilen 91 Prozent ihre IHK-Zeitschrift als mittelstandsrelevant. Kein Wunder, sie berichtet über die Wirtschaft vor Ort und kommt direkt an den Arbeitsplatz. Mehr dazu auf:

www.rem-studie.de

Schalten Sie jetzt Ihre Anzeige im Magazin Wirtschaftsdialoge!

Wir beraten Sie gern. Kontakt: Michaela Bracht-Klopfer | Telefon 0 69/42 09 03-53 | michaela.bracht-klopfer@zarbock.de

Torsten Heinzmann (IHK Darmstadt, links) zeichnete Procter & Gamble als Ausbildungsbotschafterbetrieb aus. Neben ihm die Azubis Anthony Kronhardt, Alexandra Galkin, Oliver Asal sowie Ausbilder Oliver Vatter. Foto: Klaus Mai

AZUBIS ZEIGEN, WIE AUSBILDUNG WIRKLICH IST

Viele Betriebe in Südhessen suchen händeringend Nachwuchs. Wer könnte die duale Ausbildung besser bewerben als Auszubildende selbst? Die Ausbildungsbotschafter*innen geben Schulklassen Einblicke in die Praxis.

TEXT UND INTERVIEW Annabel Aulehla

»Und wie viel verdient man da?« Das ist eine der Fragen, die Alexandra Galkin regelmäßig beantwortet. Sie ist Chemielaborantin im dritten Lehrjahr bei Procter & Gamble in Groß-Gerau und engagiert sich als Ausbildungsbotschafterin der IHK Darmstadt. Mehrmals im Jahr präsentiert die 23-Jährige Schüler*innen ihren Ausbildungsberuf.

Ihre Zuhörer*innen besuchen in der Regel die 8. oder 9. Klasse einer Integrierten Gesamtschule. Mit dem Wort »Ausbildung« verbinden sie nichts Konkretes. Galkin kann sich gut in sie hineinversetzen: »In der Realschule kam jemand von der Agentur für Arbeit vorbei und meinte, wir sollen eine Ausbildung machen. Das war alles. In der Oberstufe ging man davon aus, dass wir alle studieren werden.« Die ausbaufähige Berufsorientierung dürfte einer der Gründe sein, warum die Ausbildungszahlen auch in Südhessen zuletzt zurückgingen.

»In den letzten zwei Jahren ist das Ausbildungsbotschafterprogramm noch wichtiger für uns geworden«, betont Jessica Busalt, Ausbildungsberaterin der IHK Darmstadt. Die teilnehmenden Betriebe stellen ihre Azubis regelmäßig frei, damit sie ein realistisches Bild von ihrem Ausbildungsberuf vermitteln können. »Die Botschafter*innen können authentisch für den Karriereweg Ausbildung werben. Sie sind vom Alter her nah dran und wissen, wovon sie sprechen«, so Busalt. Auf Fragen der Schüler*innen können sie auf Augenhöhe eingehen: »Ich erkläre oft, wie man

einen Ausbildungsplatz bekommt und wie der Bewerbungsprozess abläuft. Ich versuche, die Angst davor zu nehmen«, berichtet Galkin.

Wie sie sich selbst und ihren Beruf am besten präsentieren können, lernen die Auszubildenden in einem eintägigen Präsentations- und Körpersprachekurs der IHK Darmstadt. Danach werden sie bei Bedarf angefragt, ob sie für eine interessierte Schule zur Verfügung stehen. In den letzten zehn Jahren haben rund 1.000 Ausbildungsbotschafter*innen ca. 1.500 Schulklassen besucht.

Durch das Programm habe sie sich persönlich weiterentwickelt, sagt Galkin: »Früher habe ich nicht gerne Vorträge gehalten, heute mache ich es ohne Probleme.« Ihr Ausbildungsleiter Oliver Vatter betont die positive Wirkung auf die Schüler*innen: »Wenn der vorgestellte Beruf den Jugendlichen gefällt, werden sie angeregt, selbstständig nach weiteren Informationen zu suchen. Genau da wollen wir hin.«

Das Ausbildungsbotschafterprogramm ist in seinen Augen zudem eine wertvolle Ergänzung im Recruiting-Mix. »Es geht vor allem um die Ausbildung, der Betrieb wird nicht aufgedrängt. Letztlich kann so was für uns als Arbeitgeber der letzte Kick bei der Azubisuche sein.« Für das überbetriebliche Engagement wurde Procter & Gamble gemeinsam mit fünf weiteren Betrieben kürzlich von der IHK Darmstadt geehrt. Das Unternehmen wird sich auch in den nächsten Jahren beteiligen, blickt Vatter voraus: »Unter den Azubis hat sich das Ausbildungsbotschafterprogramm bereits herumgesprochen. Die nächsten vier Auszubildenden stehen schon in den Startlöchern.«

Weitere Informationen über das Ausbildungsbotschafterprogramm finden Sie unter

www.ihk.de/darmstadt
➜ Nr. 2769682

»VERTRAUEN IST UNWAHRSCHEINLICH WICHTIG«

Das Speditionsunternehmen Friedrich Friedrich ist einer von sechs ausgezeichneten Ausbildungsbotschafterbetrieben 2025 der IHK Darmstadt.

IHK: Frau Dequis, warum macht Friedrich Friedrich beim Ausbildungsbotschafterprogramm mit?

DIANA DEQUIS: Das Programm bietet uns konkrete Mehrwerte. Tatsächlich haben wir im Moment eine Bewerberin für einen Ausbildungsplatz, die uns gewählt hat, weil unsere Ausbildungsbotschafterin Yousra Haddouti Ende letzten Jahres in ihrer Schule war. Das Programm passt außerdem sehr gut zu unserer Corporate Identity, denn wir möchten uns freundlich, offen und engagiert präsentieren.

IHK: Welche Vorteile bietet das Konzept?

DIANA DEQUIS: Es ist natürlich ein Riesenunterschied, wenn ein Azubi etwas auf Augenhöhe vermittelt. Das schafft Vertrauen. Und Vertrauen ist in einer Welt, in der wir so viel mit Werbung zu tun haben, unwahrscheinlich wichtig. Ein Azubi bringt Aspekte ein, die jemand, der objektiv an die Sache herangeht, vielleicht gar nicht sehen würde.

IHK: Wie viele Anfragen erhalten Sie nach einem Schulbesuch?

DIANA DEQUIS: Grob eine Anfrage pro Veranstaltung. Aber im Marketing ist es so: Viele Effekte sieht man nicht direkt. Ich weiß nicht, ob ein Mensch zwei Jahre später noch mal an den Betrieb denkt oder jemandem davon erzählt. Von daher halte ich die Teilnahme am Ausbildungsbotschafterprogramm immer für lohnenswert, selbst wenn gar keine Bewerbung reinkommen würde.

IHK: Welchen Ausbildungsberuf stellt Frau Haddouti vor?

LAURA BARTSCHER: Unsere Botschafterin Yousra Haddouti macht eine Ausbildung zur Kauffrau für Spedition und Logistikdienstleistung, aber sie berichtet auch über die anderen Berufe. Im letzten halben Jahr war sie an drei Schulen und mehrmals auf Ausbildungsmessen unterwegs. Sie macht das wirklich gut. Dank ihr kommen wir sehr sympathisch rüber.

Diana Dequis
Recruiting/Personalmarketing
Friedrich Friedrich
Foto: Marianna Dvorkin

Laura Bartscher
Teamleitung Personalwesen
Friedrich Friedrich
Foto: Diana Dequis

Die beiden Fachberaterinnen für Inklusion der IHK Darmstadt, Lucy Singer (links) und Nicole Splinter. Foto: Klaus Mai

NEUES ANGEBOT: FACHBERATUNG FÜR INKLUSION

Der zunehmende Fachkräftemangel erfordert, dass künftig alle Potenziale für den Arbeitsmarkt gehoben werden. Eine Gruppe, die dabei stärker in Fokus rückt, sind Menschen mit Behinderung. Die IHK Darmstadt unterstützt daher Unternehmen dabei, diese Arbeitskräfte so in den Betrieb zu integrieren, dass beide Seiten profitieren.

TEXT Matthias Voigt

Dank eines neuen Gemeinschaftsprojekts mit dem Landeswohlfahrtsverband (LWV) Hessen beraten zwei Fachberaterinnen für Inklusion bei der IHK Darmstadt ab sofort Unternehmen zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Nicole Splinter und Lucy Singer sind Anlaufstelle, um bei der Einstellung, Weiterbeschäftigung und Ausbildung von Menschen mit Behinderung zu unterstützen. Außerdem geben Sie Tipps zu passenden Förderprogrammen.

Hilfe bei der Suche nach den passenden Fördertöpfen

»Menschen mit Behinderung sind bisher zu wenig in den Blick genommen worden, um die Fachkräftelücke zu schließen«, sagt Dr. Marcel Walter, Geschäftsbereichsleiter Aus- und Weiterbildung der IHK Darmstadt. Dabei lohne sich das: »Gibt man ihnen eine Chance, überzeugen sie meist mit hoher Motivation, Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber und Zuverlässigkeit.« Um das Thema stärker in den Blick von Unternehmen zu rücken, kooperiert die IHK Darmstadt nun im Rahmen des Projekts Fachberatung Inklusion mit dem Landeswohlfahrtverband.

Die beiden Fachberaterinnen sehen ihre Aufgabe nicht nur als beratende Anlaufstelle für Unternehmen. Sie möchten auch dazu beitragen, Vorurteile gegenüber dem Leistungspotenzial von Menschen mit Behinderung abzubauen. »Denn der Grad der Behinderung spiegelt nicht die berufliche Leistungsfähigkeit wider«, sagt Nicole Splinter. Darüber hinaus gebe es falsche Vorstellungen über den Kündigungsschutz von Menschen mit Behinderung, über die Lucy Singer und Nicole Splinter aufklären.

Außerdem sei etlichen Unternehmen bisher nicht hinreichend bekannt, dass ihnen viele Fördertöpfe bei der Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung offen stehen. Darunter fallen etwa Zuschüsse zur Arbeitsplatzanpassung, um etwa technische Arbeitshilfen anzuschaffen. Stellen Betriebe ab einer gewissen Größe Menschen mit einer Schwerbehinderung ein, entfällt für sie die sonst zu zahlende Ausgleichsabgabe. Denn Betriebe mit mindestens 20 Arbeitsplätzen im Jahresdurchschnitt sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze mit schwerbehinderten oder gleichgestellten Menschen zu besetzen. Tun sie dies nicht im erforderlichen Umfang, wird eine Ausgleichsabgabe fällig, die je nach Größe des Arbeitgebers monatlich zwischen 155 und 815 Euro ausmacht. Weitere Informationen finden Sie unter

www.ihk.de/darmstadt
➔ Nr. 6443946

Ausbildungsbetreuer der IHK Darmstadt vor dem Bus, der Werbung für das Thema Ausbildung macht. Fotos: Klaus Mai

AZUBI-KAMPAGNE MACHT STRECKE

Mit der bundesweiten Kampagne #könnenlernen wollen die IHKs jungen Menschen das Lebensgefühl Ausbildung vermitteln. Seit zwei Jahren stehen Auszubildende im Fokus, die authentisch aus ihrem Alltag berichten. Neben etlichen Aktivitäten auf Social Media werden auch analoge Kommunikationsmittel genutzt: neuerdings auch ein Linienbus. So legt die Azubi-Kampagne in Darmstadt und Umgebung täglich Hunderte Kilometer zurück. Tag für Tag fährt der Linienbus mit der Werbung für das Thema Ausbildung auf den Linien OR1, OR2, M01, M02, M03, M04, NHX, P, RH und GB durch Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg bis in den Odenwald. Der Bus fährt auch Schülerverkehre, weil bevorzugt Schüler*innen mit der Kampagne erreicht werden sollen.

Zwei zentrale Botschaften sind an den Außenwänden des Busses zu lesen: Auf der einen Seite steht »Statt irgendwas werden: in irgendwas richtig gut«; auf der anderen Bus-Seite wird Ausbildung mit dem Studium verglichen: »Das Leben ist zu kurz für Wartesemester«. Zwei Jahre lang wird der Bus mit #könnenlernen auf Achse sein.

www.ausbildung-macht-mehr-aus-uns.de

INTERNETPORTAL ZEIGT OFFENE AUSBILDUNGSPLÄTZE

Die IHK Darmstadt vereinfacht die Suche nach Azubis und freien Ausbildungsplätzen. Jugendliche und junge Erwachsene, die einen Ausbildungsplatz suchen, werden auf der IHK-Seite »derausbildungsatlas.de« fündig. Dort werden sowohl Unternehmen angezeigt, die zurzeit offene Ausbildungsstellen bewerben möchten, als auch Unternehmen, die generell ausbilden. Der ebenfalls im Ausbildungsatlas integrierte »BerufePilot« bietet Ausbildungsplatzinteressierten spielerisch und schnell die Chance, potenziell passende Ausbildungsberufe zu finden.

Noch ein Vorteil: Bislang mussten offene Ausbildungsstellen zusätzlich in der Lehrstellenbörse der IHK Darmstadt gemeldet werden. Dieser Schritt entfällt nun. Unternehmen inserieren wie gewohnt ihre freien Stellen bei der Agentur für Arbeit oder in einem der fünf führenden Portale für Ausbildungsstellen. Der Ausbildungsatlas gleicht automatisch die dort gelisteten freien Ausbildungsplätze ab und weist diese aus.

Wie werden die freien Stellen von Unternehmen im Ausbildungsatlas sichtbar?

1. Inserat der freien Stelle in der Ausbildungsplatzbörse der Agentur für Arbeit veröffentlichen.
2. Alternativ: Inserat auf führenden Ausbildungsportalen wie Ausbildung.de, Azubi.de, Azubiyo.de, Stepstone.de oder Aubi-Plus.de einstellen.

https://derausbildungsatlas.de

TERMINE

AB MITTE APRIL 2025

09.04.–16.05.2025
Cyber Security Advisor (IHK)
Mittwochs, donnerstags und freitags, 9–16 Uhr, online

Der Lehrgang ist für Mitarbeiter*innen und Führungskräfte im IT-Umfeld gedacht, die sich mit den Herausforderungen der Cyber- und Informationssicherheit auseinandersetzen wollen, unter anderem in den Bereichen IT-Sicherheit, Informationssicherheit, Compliance sowie Datenschutz. Voraussetzung für das IHK-Zertifikat sind die 80-prozentige Anwesenheit im Unterricht und das Bestehen des Lehrgangstests. Teilnahme: 2.490 Euro pro Person.

www.ihk.de/darmstadt
→ Nr. 57049

—

14.04.–18.07.2025
KI-Manager (IHK)
An ausgewählten Tagen, 17–20 Uhr oder 18–21 Uhr, online

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Schlüsseltechnologie, die bereits heute Wirtschaft und Gesellschaft verändert. Dennoch herrscht in vielen Unternehmen Unkenntnis oder Unsicherheit darüber, wie KI genau funktioniert und wie das eigene Unternehmen von ihrem Innovationspotenzial profitieren kann. Inmitten des digitalen Wandels benötigen Unternehmen Fachleute, die wissen, wie sie die Möglichkeiten der KI gezielt nutzen können. Der Zertifikatslehrgang bietet dafür die passende Qualifizierung. Teilnahme: 2.590 Euro pro Person.

www.ihk.de/darmstadt
→ Nr. 55107

—

24.04.2025
Happy Hour Weiterbildung – Live-Beratung für Ihren Karrierekick
16–17 Uhr, online

Sie wollen beruflich so richtig durchstarten? Dann informieren Sie sich kostenlos über unsere vielfältigen Weiterbildungsangebote und bilden Sie sich zum oder zur Industriemeister*in, Fachwirt*in, in Buchhaltung und in vielen anderen Bereichen fort. Die Live-Beratung für Ihren Karrierekick findet virtuell über Zoom statt, die Zugangsdaten erhalten Sie nach der Anmeldung per Mail. Die Teilnahme ist kostenfrei.

www.ihk.de/darmstadt
→ Nr. 52885

05.05.2025
Elektronische Rechnungsabwicklung mit ZUGFeRD und XRechnung
8:30–16:15 Uhr, online

Seit 2018 wird die Nutzung von E-Rechnungen im Format ZUGFeRD oder XRechnung für die Abrechnung mit öffentlichen Auftraggebern schrittweise vorgeschrieben. Am 1. Januar 2025 begann die Übergangsfrist; bis spätestens zum 1. Januar 2028 ist im gesamten B2B-Bereich die ausschließliche Verwendung dieser E-Rechnungsformate gesetzlich vorgeschrieben. PDF- und Papierrechnungen werden dann nicht mehr zulässig sein. In unserem Seminar erfahren Sie, wie Sie die gesetzlichen und organisatorischen Anforderungen effizient, sicher und zum Vorteil Ihres Unternehmens umsetzen können. Teilnahme: 329 Euro pro Person.

www.ihk.de/darmstadt
→ Nr. 58044

—

14.05.–16.07.2025
GmbH-Geschäftsführung: Grundlagen (IHK)
Montags und mittwochs, 18–21:15 Uhr, online

Das Live-Online-Training »GmbH-Geschäftsführung (IHK)« vermittelt betriebswirtschaftliches und rechtliches Grundwissen zur Arbeit in einer GmbH. Das Webinar richtet sich an Existenzgründer*innen, Unternehmer*innen und Inhaber*innen, Geschäftsführer*innen mit ersten Erfahrungen und Gesellschafter*innen von GmbHs. Angesprochen sind insbesondere Personen, die eine Firma gründen oder übernehmen möchten. Der lehrgangsinterne schriftliche Zertifikatstest findet online statt. Teilnahme: 1.490 Euro pro Person.

www.ihk.de/darmstadt
→ Nr. 53806

Foto: Klaus Mai

AZUBI-SPEED-DATING

Bei diesem Format haben Schüler*innen und Unternehmen genau zehn Minuten Zeit, um sich gegenseitig voneinander zu überzeugen. Die nächsten Termine sind:

- **30.04.2025** Lampertheim, 10–13 Uhr, Alfred-Delp-Schule Lampertheim
- **23.05.2025** Darmstadt, 14–17 Uhr, IHK Darmstadt, Rheinstraße 89

Anmeldung für Unternehmen unter:

https://ausbildung.darmstadt.ihk.de

WERKSTATTGESPRÄCHE ONLINE

Schnell, kompakt und praxisorientiert über aktuelle Themen rund um die Unternehmensführung informieren und austauschen: Die kostenfreien »Werkstattgespräche online« der IHK stehen Gründer*innen sowie kleinen und mittleren Unternehmen offen.

Information und Anmeldung:
www.ihk.de/darmstadt
→ Nr. 137556

—
08.05.2025
Wirtschaftliche Unterlagen verstehen und nutzen – gut vorbereitet ins Bankgespräch

—
22.05.2025
Hessen Mikrodarlehen – Startkapital für Existenzgründer*innen

—
26.06.2025
Richtlinien Cybersicherheit – NIS2 und der Cyber Resilience Act (CRA)

KOSTENFREIE SPRECHSTUNDEN

In Kooperation mit externen Dienstleistern und Beratern bietet die IHK Gründer*innen und Unternehmer*innen regelmäßig kostenfreie, individuelle Online-Sprechstunden zu den unterschiedlichsten Themen an.

Information und Anmeldung:
www.ihk.de/darmstadt
→ Nr. 4284882

—
22.04., 20.05., 10.06.2025
Steuerberater-Sprechstunde

—
23.04., 21.05., 18.06.2025
Sprechstunde zur Unternehmensnachfolge

—
24.04., 22.05., 12.06.2025
Sprechstunde »Webseiten- und Social-Media-Check«

—
06.05., 03.06.2025
Sprechstunde »Öffentliche Finanzierungshilfen« (WIBank)

—
08.05., 05.06.2025
Sprechstunde »Marketing und Vertrieb«

—
20.05., 10.06.2025
Sprechstunde zum Markenrecht

—
21.05., 18.06.2025
Sprechstunde zur Beratungsförderung (RKW Hessen)

—
03.06.2025
Sprechstunde »IT-Sicherheit« (IT FOR WORK)

—
11.06.2025
Sprechstunde »Impressum & Co. – rechtssicherer Online-Auftritt«

—
Auf Anfrage
Sprechstunde »Unternehmen in schwierigen Situationen«

Fragen zu den Werkstattgesprächen und kostenfreien Sprechstunden beantworten:

Heike Flenner, Larissa Jonczyk, Sina Neumann
T 06151 871-1133
M veranstaltung@darmstadt.ihk.de

IHK-BRANCHENFORUM VERSICHERUNGEN UND FINANZEN

Das für den 25. April angekündigte Branchenforum wird aus organisatorischen Gründen auf den 29. August 2025 verlegt. Programm und Anmeldemöglichkeit finden Sie zu einem späteren Zeitpunkt auf

www.ihk.de/darmstadt
→ Nr. 5430804

KOSTENFREIE VERANSTALTUNGEN FÜR IHK-MITGLIEDER UND GRÜNDER*INNEN

Entdecken Sie unsere Workshops, Seminare, Online-, Podiums- und Netzwerkveranstaltungen.

Information und Anmeldung:
www.ihk.de/darmstadt
→ Nr. 138278

VOLLVERSAMMLUNG

17.06., 11.09., 04.12.2025

Die Sitzungen der Vollversammlung der IHK Darmstadt sind für Mitglieder öffentlich. Eine Anmeldung beim Sekretariat der Hauptgeschäftsführung ist aus organisatorischen Gründen erforderlich:

T 06151 871-1203
M hauptgeschaeftsfuehrung@darmstadt.ihk.de

BESONDERE RECHTSVORSCHRIFT FÜR DIE PRÜFUNG DER ZUSATZQUALIFIKATION „KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND MASCHINELLES LERNEN“

für Auszubildende aus dem kaufmännischen und gewerblich-technischen Bereich

Aufgrund des Beschlusses des Berufsbildungsausschusses vom 14.11.2024 erlässt die Industrie- und Handelskammer Darmstadt als zuständige Stelle gemäß § 71 Abs. 2 i.V.m. § 9 und § 79 Abs. 4 Berufsbildungsgesetz (BBiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Mai 2020 (BGBl. I S. 920), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 246) geändert worden ist, die folgende Besondere Rechtsvorschrift für die Prüfung der IHK-Zusatzqualifikation „Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen“.

§ 1 ZIEL DER PRÜFUNG

Ziel der Prüfung der Zusatzqualifikation (ZQ) „Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen“ ist der Nachweis der Qualifikation in den in § 3 genannten Modulen.

§ 2 ZULASSUNGSVORAUSSETZUNGEN

(1) Zur Prüfung kann zugelassen werden, wer in einem staatlich anerkannten kaufmännischen oder gewerblich-technischen Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) ausgebildet wird und glaubhaft macht, dass er Grundkenntnisse, -fertigkeiten und -fähigkeiten in den in § 3 aufgeführten Modulen erworben hat.

(2) Abweichend von Abs. 1 kann zur Prüfung zugelassen werden, wer durch Vorlage von Zeugnissen nachweist oder auf andere Art und Weise glaubhaft macht, dass er Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten erworben hat, die nach Inhalt und Umfang der Zusatzqualifikation gleichwertig sind.

(3) Die Industrie- und Handelskammer Darmstadt ist für Prüfungsbewerber, die die Voraussetzungen nach § 2 Abs. 1 oder Abs. 2 erfüllen, örtlich zuständig, wenn diese in ihrem Kammerbezirk

a. in einem Ausbildungsverhältnis stehen
oder
b. ihren Arbeits- oder Wohnsitz haben
oder
c. an einer der Zusatzqualifikation entsprechenden Schulungsmaßnahme teilgenommen haben.

§ 3 PRÜFUNGSFÄCHER UND GLIEDERUNG DER PRÜFUNG

(1) Die Gliederung der Prüfung erstreckt sich auf folgende Module:

a. Grundbegriffe der Künstlichen Intelligenz (KI)
b. Chancen, Herausforderungen und ethische Fragen der KI
c. Umgang mit Daten
d. Grundbegriffe der Datenanalyse und des maschinellen Lernens

(2) In Modul A „Grundbegriffe der Künstlichen Intelligenz (KI)“ hat der Prüfungsteilnehmer Grundkenntnisse über die grundsätzlichen Begriffe der KI nachzuweisen und zu zeigen, dass er in der Lage ist, diese in der Arbeitswelt anzuwenden.

(3) In Modul B „Chancen, Herausforderungen und ethische Fragen der KI“ hat der Prüfungsteilnehmer Grundkenntnisse von anerkannten Potenzialen, Chancen und Herausforderungen der KI nachzuweisen.

(4) In Modul C „Umgang mit Daten“ hat der Prüfungsteilnehmer Grundkenntnisse im Umgang mit Daten und ihrer Verfügbarkeit nachzuweisen.

(5) In Modul D „Grundbegriffe der Datenanalyse und des maschinellen Lernens“ hat der Prüfungsteilnehmer Grundkenntnisse im Bereich Datenanalyse und maschinelles Lernen und deren potenzieller Einsatzbereiche und Anwendungsfälle in Unternehmen nachzuweisen.

§ 4 ART UND DAUER DER PRÜFUNG

Die schriftliche Prüfung umfasst 60 Minuten. Die Prüfung enthält Fragestellungen zu Themen aus den Modulen A, B, C und D.

§ 5 BESTEHEN DER PRÜFUNG

Die Prüfung ist bestanden, wenn der Prüfungsteilnehmer mindestens ausreichende Leistungen (50 Punkte) erbracht hat.

§ 6 WIEDERHOLUNG DER PRÜFUNG

Eine nicht bestandene Prüfung kann zweimal wiederholt werden. Die Prüfung kann frühestens zum nächsten Prüfungstermin wiederholt werden.

§ 7 PRÜFUNGSBESCHEINIGUNG

Über die bestandene Prüfung stellt die Industrie- und Handelskammer Darmstadt eine Bescheinigung aus, in der das Prüfungsergebnis in Punkten und Noten aufgeführt wird.

§ 8 SONSTIGE BESTIMMUNGEN

Soweit diese Rechtsvorschriften nichts Abweichendes regeln, findet die Prüfungsordnung für die Durchführung von Abschluss- und Umschulungsprüfungen der Industrie- und Handelskammer Darmstadt sinngemäß Anwendung.

§ 9 INKRAFTTRETEN

Diese Rechtsvorschrift tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Industrie- und Handelskammer Darmstadt („Wirtschaftsdialoge“) in Kraft.

Darmstadt, den 21.02.2025

Matthias Martiné
Präsident

Robert Lippmann
Hauptgeschäftsführer

Ausgefertigt:

Darmstadt, den 21.02.2025

Matthias Martiné
Präsident

Robert Lippmann
Hauptgeschäftsführer

BEKANNTMACHUNG VOM 05.03.2025

Beendigung der Mitgliedschaft von Herrn Ralf Lokay

Bei Herrn Ralf Lokay, unmittelbar gewähltes Vollversammlungsmitglied für die Legislaturperiode 2024 bis 2029 in der Wahlgruppe I – Industrie, Landkreis Darmstadt-Dieburg, ist die Wählbarkeit zur Vollversammlung nach § 5 Abs. 1 IHKG nachträglich entfallen. Nach § 6 Abs. 2 Ziffer 4 lit. b der Wahlordnung endet die Mitgliedschaft damit vor Ablauf ihrer Amtszeit.

Gemäß § 2 Abs. 1 der Wahlordnung ist an seine Stelle

Herr Jörg Mosser
Geschäftsführer
Messer Cutting Systems GmbH
Groß-Umstadt

in der Wahlgruppe I – Industrie, Landkreis Darmstadt-Dieburg, nachgerückt.

Die vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft von Ralf Lokay und das Nachrücken von Jörg Mosser sind von der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer heute festgestellt worden und werden hiermit bekannt gegeben.

Darmstadt, den 05.03.2025

Matthias Martiné
Präsident

Robert Lippmann
Hauptgeschäftsführer

BEKANNTMACHUNG VOM 05.03.2025

Beendigung der Mitgliedschaft von Herrn Alexander Berger

Herr Alexander Berger hat als unmittelbar gewähltes Mitglied der Vollversammlung gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 der Wahlordnung der IHK Darmstadt seine Amtsniederlegung erklärt.

Gemäß § 2 Abs. 1 der Wahlordnung ist an seine Stelle

Herr Dr. Alexander Wünsche
Geschäftsführer
FALK GmbH & Co KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft
Heppenheim

in der Wahlgruppe F&E, Beratung, Managementdienstleistungen nachgerückt.

Die vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft von Alexander Berger und das Nachrücken von Dr. Alexander Wünsche werden hiermit bekannt gegeben.

Darmstadt, den 05.03.2025

Matthias Martiné
Präsident

Robert Lippmann
Hauptgeschäftsführer

RUNTER VOM HOHEN KRANKENSTAND

Deutschland befindet sich im Krankenstand. Noch nie waren so viele Stellen unbesetzt und so viele Mitarbeiter*innen arbeitsunfähig. Autor Manuel Fink ist der Meinung, dass Fehlzeiten in Unternehmen durch aktives Management und Führung stärker beeinflussbar sind, als die meisten glauben. In seinem Buch beleuchtet er die wichtigsten rechtlichen, statistischen und wirtschaftlichen Aspekte. Dabei stellt er die unterschiedlichen betrieblichen Interessen gegenüber und zeigt an Beispielen, wie man mit dem Arbeits- und Gesundheitsschutz Erfolge erzielt und seine Arbeitgeberattraktivität stärkt.
Fehlzeiten aktiv managen. Erschienen bei Haufe für 49,99 Euro. ISBN: 978-3-648-18373-1

NEUE REGELN FÜR NEUE ARBEIT

Das Buch beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz (KI) auf die Arbeitswelt und untersucht, wie KI-Prozesse Entscheidungsstrukturen und das Arbeitsrecht verändern. Der Autor diskutiert die damit verbundenen rechtlichen und ethischen Herausforderungen. Das Buch bietet einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Aspekte des Themas, von der KI-Entwicklung bis hin zu den Auswirkungen auf den Arbeitsschutz, die Arbeitnehmerrechte, Datenschutz und Mitbestimmung. Der Fokus liegt auf den rechtlichen Rahmenbedingungen.
KI@work. Erschienen bei Vahlen für 49,80 Euro. ISBN 978-3-8006-7522-7

GUT IN DEN FÜHRUNGSALLTAG STARTEN

Der Einstieg als Führungskraft birgt eine Vielzahl neuer Herausforderungen. Die Aufgaben sind nicht nur schwieriger als bisher – sie sind einfach anders. Besonders kompliziert ist die Situation für diejenigen, die zu Vorgesetzten ihrer ehemaligen Kolleg*innen werden. In seinem Buch gibt Albrecht Müllerschön eine Antwort auf die Fragen, die sich in den ersten hundert Tagen als Führungskraft stellen: Wie kann ich meine neue Rolle ausfüllen? Wie stelle ich mich meinen neuen Kollegen gegenüber dar? Wie führe ich schwierige Mitarbeitergespräche? Wie gehe ich mit den Problemen um, die mein Vorgänger hinterlassen hat? Wie arbeite ich mit meinem Team produktiv?
Als Führungskraft erfolgreich starten. Erschienen bei der IHK Akademie München und Oberbayern für 39,80 Euro. ISBN: 978-3-381-12901-0

Impressum

»Wirtschaftsdialoge« ist das Mitgliedermagazin und offizielle Mitteilungsorgan der IHK Darmstadt (ISSN 1869-8069). Die Zeitschrift erscheint sechsmal pro Jahr in einer Druckauflage von 41.655 Exemplaren (Jahresdurchschnitt, IVW-geprüft). Der Bezug erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen Beitragspflicht als Mitglied der IHK und ist für Mitglieder kostenfrei.

Bei Fragen zur Zustellung wenden Sie sich an redaktion@darmstadt.ihk.de

Herausgeber
Industrie- und Handelskammer (IHK) Darmstadt
Rheinstraße 89, 64295 Darmstadt
T 06151 871-0, M info@darmstadt.ihk.de
www.ihk.de/darmstadt

Inhaltlich verantwortlich
Robert Lippmann, Hauptgeschäftsführer
Patrick Körber, Leiter Kommunikation und Marketing

Redaktionsleitung
Matthias Voigt,
T 06151 871-1167, M redaktion@darmstadt.ihk.de

Weitere Autor*innen dieser Ausgabe
Patrick Körber, Annabel Aulehla, Stephan Köhnlein, Martina Noltemeier, Michael Konow

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht in jedem Fall auch die Meinung der IHK Darmstadt wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung und unter Angabe der Quelle.

Designkonzept und Gestaltung
SCHUMACHER Brand + Interaction Design GmbH
www.schumacher-design.de

Druck
Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG, Kassel
www.ddm.de

Verlag
Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG
www.zarbock.de

Anzeigenleitung
Ralf Zarbock,
T 069 420903-72, M verlag@zarbock.de

Anzeigendisposition
Anja Bäumel,
T 069 420903-75, M anja.baeumel@zarbock.de

Zurzeit gültige Anzeigenpreisliste
Nr. 15, gültig ab 01.11.2024

Veröffentlichungsdatum dieser Ausgabe
02.04.2025

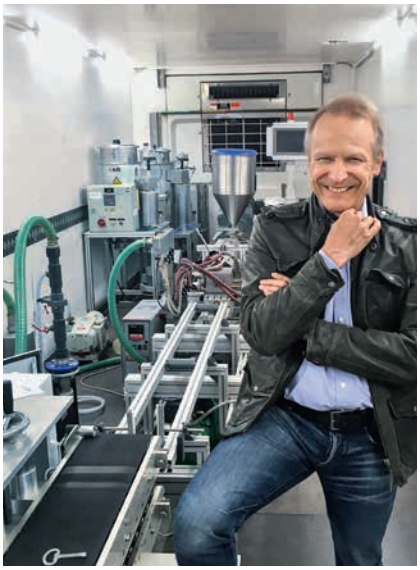
Beilagen
- Eigenbeilage IHK Mittelstandsstudie
- Schultz KG

Das Magazin wird klimaneutral gedruckt.

CO_2 UND LICHT – SONST NICHTS!

Mikroalgen produzieren mehr Biomasse pro Oberfläche als jeder andere Organismus. Das macht sich Algoliner aus Messel zunutze. Das Unternehmen baut vollautomatische Produktionsstätten für Algen, die auch als Nahrung verwendet werden können.

TEXT Stephan Köhnlein



Ingenieur Hans Väth neben einer Extrusionsanlage, die den Kern der Technik darstellt. Foto: Wolfgang Riedl

Am Anfang stand eine Katastrophe. Als im Jahr 2011 die Atomanlage im japanischen Fukushima havarierte, trieb Hans Väth die Frage um, ob es nicht neue und ganz andere Wege der Energieerzeugung gebe. Dabei stieß er auf Mikroalgen. 2013 gründete er die Firma Algoliner, seit 2019 betreibt er das Unternehmen mit Sitz in Messel hauptberuflich.

Das Kerngeschäft von Algoliner ist der Bau vollautomatischer Produktionsstätten für Algen, die in sogenannten Photobioreaktoren gezüchtet werden. Dafür erhielt das Unternehmen kürzlich den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2025 in der Kategorie Landmaschinen. Die Einsatzgebiete der Algen reichen inzwischen weit über die angedachte Anwendung bei Biokraftstoffen hinaus. Mikroalgen produzieren mehr Biomasse pro Oberfläche als jeder andere Organismus. Sie nutzen Kohlendioxid (CO_2) und Sonnenlicht und belasten so die Umwelt nicht, wie Hans Väth erzählt. Damit hätten sie das Potenzial, die Nahrungskette auf veganer Basis zu revolutionieren. Zudem könnten die Algen als Tiernahrung dienen oder auch als Lieferant für hochwertige Substanzen in der pharmazeutischen Industrie.

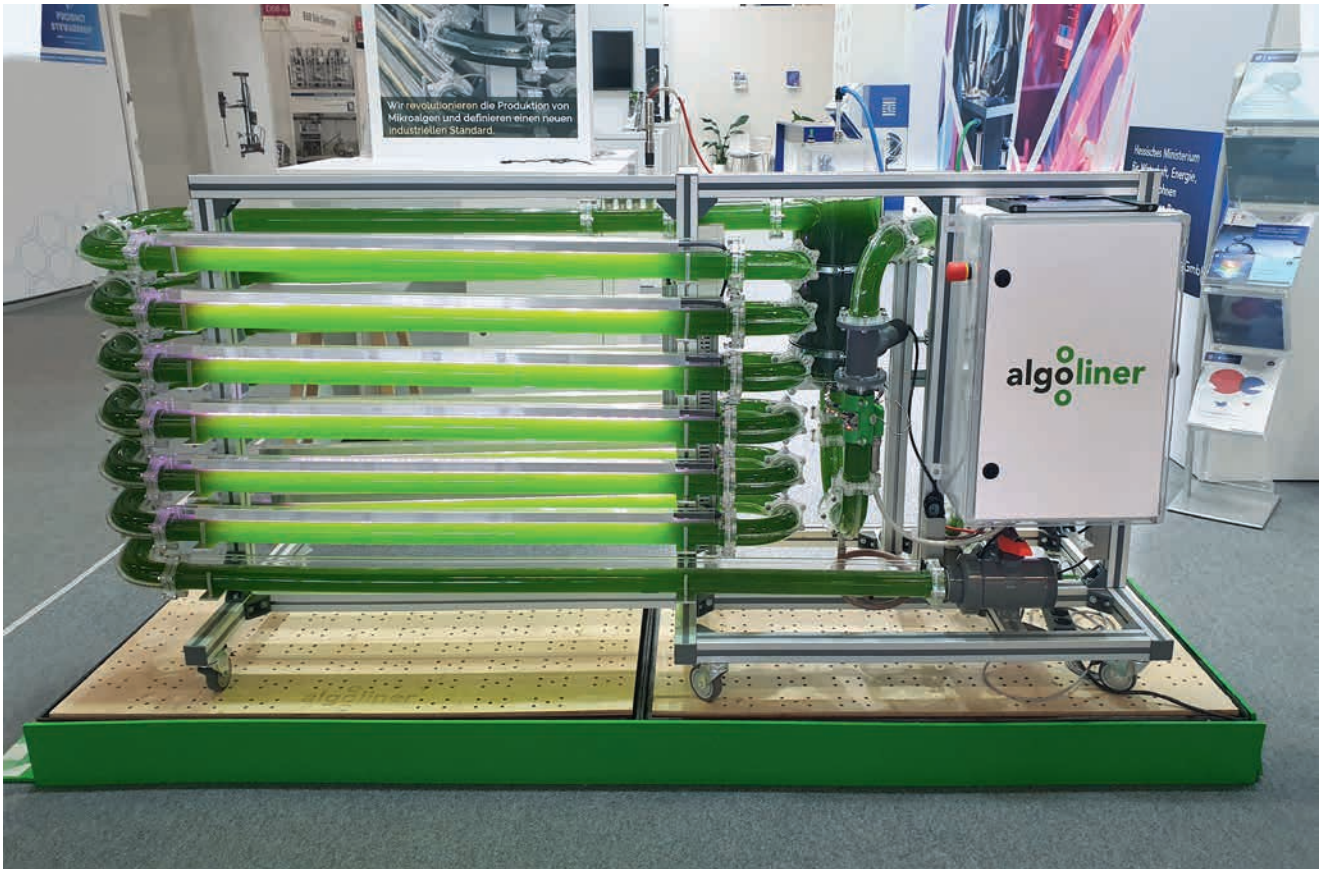
Hans Väth ist Betriebswirt und Diplom-Ingenieur für Kunststofftechnik. Mehr als 30 Jahre hat er in der Autoindustrie gearbeitet, sich dort auch mit Technologien für Massenproduktion befasst. Von diesem Know-how profitiert er in seinem neuen Berufsfeld. Um die Algen unter kontrollierten Bedingungen in den geschlossenen Photobioreaktoren zu züchten, kombiniert er Verfahrenstechnik und Maschinenbau. »Da kommt bei mir der Ingenieur durch«, sagt er schmunzelnd. Ziel sei es, die Produktionskosten deutlich zu senken. Dazu verfüge man mittlerweile über weltweit patentierte Technologien. Denn die Kosten seien im Moment noch der größte Hemmschuh für eine weitere Verbreitung der Algen. Gleichwohl sei die Nachfrage bereits jetzt groß.

Kernbauteil eines Photobioreaktors sind transparente Rohre. Bei großen Anlagen kommen da mehrere hundert Kilometer zusammen. Die Rohre aus einer Fabrik an ihren Einsatzort zu transportieren, ist dabei eine logistische Herausforderung und ein Kostentreiber. Deswegen hatte Hans Väth die Idee, die Rohre vor Ort zu produzieren. Dafür entwickelte er eine mobile Rohrfabrik. Die befindet sich auf einem Lkw-Auflieger und kann so an ihren Einsatzort gefahren werden.

Allerdings schränkt der Lkw-Auflieger den Radius für Aufträge noch ein. Eine Anfrage aus Indien konnte das Unternehmen beispielsweise noch nicht bedienen, weil eine Anfahrt nicht praktikabel gewesen wäre. Aber auch hier arbeitet Geschäftsführer Hans Väth an einer Lösung: Die nächste Generation seiner Fabrik ist in einem Container untergebracht. Damit passt sie sich in die Logistikkette ein und kann problemlos in alle Welt transportiert werden.

»DIE ZUNEHMENDE ERDERWÄRMUNG STELLT DIE KLASSISCHE LANDWIRTSCHAFT VOR ZUNEHMENDE PROBLEME.«

Hans Väth
Gründer und Geschäftsführer von Algoliner



Die Algen werden unter kontrollierten Bedingungen in geschlossenen Photobioreaktoren gezüchtet. Foto: Hans Väth

Eine weitere Besonderheit bei Algoliner ist das für die Rohre verwendete Acrylglas (PMMA). Es zeichnet sich durch hohe Transparenz, Kratz- und Sonnenbeständigkeit aus. So halten die Reaktoren über mehrere Jahrzehnte, wie Hans Väth verspricht. Der höhere Materialpreis gleiche sich aus, weil die Rohre nur rund ein Drittel der üblichen Wandstärke hätten und somit deutlich weniger Material benötigten. Und schließlich verfüge PMMA über sehr gute Recycling-Fähigkeiten. Wenn die Rohre nach langer Zeit ausgemustert würden, könnten sie eingeschmolzen und die gewonnene Substanz quasi ohne Qualitätsverlust immer wieder verwendet werden.

Aufgrund der verschiedenen Alleinstellungsmerkmale habe Algoliner den keineswegs bescheidenen Anspruch, weltweit den industriellen Standard zu definieren, sagt Hans Väth. Der Markt sei da, Photobioreaktoren würden in Zukunft gebraucht. »Die Weltbevölkerung wächst und damit auch die Nachfrage nach hochwertigen Substanzen. Und die zunehmende Erderwärmung stellt die klassische Landwirtschaft vor zunehmende Probleme«, sagt der Unternehmer.

Photobioreaktoren hätten einen wesentlich höheren Flächenertrag als alle anderen Formen der Landwirtschaft. Sie benötigten keinen fruchtbaren Boden, hätten einen extrem niedrigen Wasserbedarf und könnten quasi überall stehen – sogar in der Wüste. Und so könnten sie sich schon jetzt für Landwirte lohnen. »Ein großer Reaktor braucht weniger an Fläche als einen Hektar und kann einen hohen sechsstelligen Umsatzbetrag erwirtschaften«, erklärt Hans Väth. Das sei ein Vielfaches dessen, was beispielsweise mit dem Anbau von Weizen erlöst werden könne.

Ein weiterer Umweltvorteil der Mikroalgen sei ihre CO_2-Absorbierung. Hier setzt Algoliner auch auf die Kombination der Reaktoren mit Biogasanlagen. Das in der Abluft der Anlagen enthaltene CO_2 könne direkt den Reaktoren zugeführt werden, sodass es nicht in die Atmosphäre gelange. Die Wärme, die in Biogasanlagen bei der Verstromung entsteht, könne zudem dafür genutzt werden, um die Algen in ihre Wohlfühltemperatur zu bringen und so für optimales Wachstum zu sorgen. »Das ist also nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allen Dingen auch umwelttechnisch sinnvoll«, sagt Hans Väth.

Acht Personen arbeiten aktuell bei Algoliner. »Unser Team ist im Moment ein ideales Gemisch zwischen Alt und Jung. Ohne uns Alte geht es noch nicht. Aber was wir tun, wird den Jungen zugutekommen«, sagt er. »Ich denke da an die Probleme dieser Welt, die wir angehen müssen. Da verstehe ich uns als Teil der Lösung des Problems.«

www.algoliner.de

TREFFPUNKT

Brigadegeneral Holger Radmann, Kommandeur des Landeskommandos Hessen der Bundeswehr.

Mitglieder der Vollversammlung während der jüngsten Sitzung. Fotos: Klaus Mai

▸ Bei der jüngsten **Sitzung der Vollversammlung** der IHK Darmstadt stand eher ungewöhnlicher Besuch an. IHK-Präsident Matthias Martiné begrüßte **Brigadegeneral Holger Radmann**, den Kommandeur des Landeskommandos Hessen der Bundeswehr. Aufgrund der derzeitigen geo- und sicherheitspolitischen Lage müsse auch die Zivilgesellschaft verteidigungsfähig werden, führte Radmann aus. Der Brigadegeneral stellte vor, welche Folgen sich aus dem **»Operationsplan Deutschland«** ergeben. Dieser Plan hat die nationale Sicherheit zum Ziel und berücksichtigt verschiedene Aspekte von Verteidigung und Unterstützung. Radmann mahnte an, im Ernstfall müssten Länder, Kommunen, Behörden und Wirtschaft eng zusammenarbeiten. Deutschland werde im Konfliktfall voraussichtlich als Operationsbasis und Aufmarschgebiet genutzt, weshalb der Auf- und Durchmarsch alliierter Verbände durch Deutschland sichergestellt werden müsse. Dazu gehöre die Unterstützung bei Verkehrsleitung, Unterbringung, Verpflegung, Betankung und bei technischen Problemen. Für mehr Informationen bitte »Operationsplan Deutschland« in die Suchmaske eingeben unter

www.bundeswehr.de

Die Teilnehmer*innen der Mitgliedertagung des Hessischen Industrie- und Handelskammertags. Fotos: Klaus Mai

DIHK-Hauptgeschäftsführerin Dr. Helena Melnikov (Mitte) im Gespräch mit Matthias Martiné, Präsident der IHK Darmstadt.

▴ Der **Hessische Industrie- und Handelskammertag** (HIHK) hat seine jüngste Mitgliederversammlung in der Zentrale der IHK Darmstadt abgehalten. Als besonderen Gast konnte Robert Lippmann, Hauptgeschäftsführer der IHK Darmstadt, **Dr. Helena Melnikov** begrüßen. Die 43-jährige Volljuristin ist seit Jahresbeginn die neue Hauptgeschäftsführerin der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). Während des Treffens tauschten sich die Teilnehmer*innen über die sich verändernde Weltlage und den neuen Blick auf die Sicherheitspolitik unseres Landes aus. Einhellige Meinung: Gerade jetzt kommt es auf eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik an.

www.hihk.de

In der BMW-Niederlassung tauschten sich IHK-Hauptgeschäftsführer Robert Lippmann (links) und Oberbürgermeister Hanno Benz aus.

Imke Münster, Inhaberin des Café Dreiklang, mahnte Probleme bei der Parkraumbewirtschaftung an.

Florian Orio, Geschäftsführer von Diatest, erklärte IHK-Vizepräsidentin Barbara Eichelmann-Klebl Produktionsabläufe.

▲ Zum **Tag der Wirtschaft** hatten die Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main sowie die IHK Darmstadt eingeladen. In Darmstadt-Nord kamen Gewerbetreibende und Vertreter der Kammern sowie Oberbürgermeister Hanno Benz zusammen. Während des Rundgangs durch einzelne Geschäfte und Betriebe nutzten die Unternehmer*innen die Gelegenheit, Probleme wie Parkplatzmangel oder Bürokratie anzusprechen und vor Ort zu verdeutlichen. Der Austausch begann im **Café Dreiklang** am Riegerplatz, wo Inhaberin Imke Münster ihre Schwierigkeiten mit der Parkraumbewirtschaftung schilderte. Ähnliche Probleme nannte auch Britta Karadzole, Inhaberin der **Buchhandlung Lesezeichen** im Martinsviertel. Seinen Unmut über die geplante Bebauung des Messplatzes sprach Florian Orio, Geschäftsführer des **Feinmechanik-Unternehmens Diatest**, an. Bei der letzten Station des Tages, unweit von Diatest in der **BMW-Niederlassung**, mehrten sich die Sorgen, dass es zu Konflikten mit Anwohnern kommen könnte, die künftig in den neuen Wohnungen auf dem Messplatz wohnen und sich wegen Gewerbelärm beschweren könnten.

Britta Karadzole ist Inhaberin der Buchhandlung Lesezeichen im Darmstädter Martinsviertel.
Fotos: Dennis Möbus

Anzeige

„Meine KÄRCHER-Geräte hole ich da wo ich gut beraten werde und einen super Service bekomme."

50 Jahre Erfahrung sprechen einfach für sich

Große Mietstation

- Teppichreiniger
- Dampfreiniger
- Hochdruckreiniger
- Kehrmaschinen
- Allessauger
- Gartengeräte
- Luftreiniger

und vieles mehr...

KÄRCHER

KÄRCHER CENTER VIEHMANN

Ihr Kärcherpartner in Neu-Isenburg

Verkauf - Service - Vermietung - Zubehör - Ersatzteile

- **kompetente Beratung**
- **Top - Reparatur-service**
- **Riesenauswahl**
- **Zubehör und Ersatzteile**

Werner-Heisenberg-Str. 12 Tel. 06102-77605
63263 Neu-Isenburg Fax 06102-31024
info@kaerchercenter-viehmann.de
www.kaercher-center-viehmann.de

WAS ERWARTEN SIE VON DER NEUEN BUNDESREGIERUNG?

Wer künftig die Geschicke des Landes bestimmt, war zu Redaktionsschluss noch nicht entschieden. Eindeutig fallen aber die Erwartungen der Unternehmer*innen an eine neue Regierung aus.

Andrea Rödel
Geschäftsführerin von Wolff Kunststoffe, Mörlenbach
Foto: Andrea Rödel

»Gerade wir Mittelständler brauchen verlässliche Rahmenbedingungen bei uns in Deutschland. Das Hin und Her der letzten Jahre war kontraproduktiv. Hier erwarte ich Verlässlichkeit und mehr wirtschaftliche Kompetenz. Wir sind ein energieintensives, spezialisiertes Unternehmen, das im internationalen Wettbewerb steht. Unser Standort im Odenwald lässt sich nicht einfach ins Ausland verlagern, wo unter anderem Energie deutlich billiger ist. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, brauchen wir hier bei uns niedrigere Energiepreise. Unsere Wettbewerbsfähigkeit ist darüber hinaus durch die hohen Lohnnebenkosten und die bürokratischen Vorgaben gefährdet. Die neue Regierung muss die Probleme endlich grundlegend anpacken.«

Arnika Dörr
Inhaberin der Gaststätte Bruchweiher, Biblis
Foto: Jens Steingässer

»Das Wichtigste ist, dass die Stimmung hier bei uns wieder besser wird. Die neue Regierung sollte sich nicht nur auf die Großindustrie konzentrieren, sondern auch etwas für den Mittelstand und kleinere Betriebe tun. In den letzten Jahren sind die Energie- und Lohnkosten in der Gastronomie gestiegen und es gibt immer mehr Bürokratie. Gerne würde ich als Gastronomin in dritter Generation mehr in Energiesparmaßnahmen investieren, das ist aber gerade finanziell nicht möglich. Es ist auch sehr schwierig, Preissteigerungen an Gäste weiterzugeben. Wir versuchen, dass es sich auch Familien noch leisten können, essen zu gehen. Aber wir alle merken, dass trotz Arbeit netto immer weniger übrig bleibt.«

Bernhard Schröckenschlager
Geschäftsführer BS Mietservice, Lampertheim
Foto: Jens Steingässer

»Als kleiner selbstständiger Mittelständler – seit August 2022 halte ich alle Gesellschafteranteile meiner seit 2002 bestehenden Firma – wünsche ich mir eine gerechtere Steuerverteilung und gezielte Steuerentlastungen von kleineren und mittelständischen Unternehmen. Förderungen dürfen nicht nur den großen Konzernen zugutekommen. Wir brauchen einfachere Beratungsmöglichkeiten bei finanziellen Angelegenheiten und mehr Unterstützung – denn der Mittelstand ist das Rückgrat der Wirtschaft. Faire Löhne, stabile Renten, Zugang zu Bildung für alle sowie eine nachhaltige Klimapolitik sind wichtig. Bürokratieabbau und Digitalisierung müssen endlich vorangetrieben werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern.«

Dr. Hendrik Schaede-Bodenschatz
Geschäftsführer Adaptive Balancing Power, Pfungstadt
Foto: Klaus Mai

»Für uns stehen stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen und ein klarer verlässlicher rechtlicher Handlungsrahmen für den Umbau des Energiesystems ganz oben auf der Wunschliste an eine neue Bundesregierung. Außerdem wünschen wir uns die Reduzierung regulatorischer und bürokratischer Hürden im Energiesektor. Als Unternehmen im Energiesektor sind wir davon überzeugt, dass eine neue Regierung mit gutem Beispiel vorangehen sollte, wenn es um die Offenheit gegenüber Innovationen und Veränderungen geht. Wir brauchen die Begeisterungsfähigkeit für neue Technologien und die Hebung der Potenziale. Nur so lassen sich die Herausforderungen einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung heute und in Zukunft meistern.«

MARKTPLATZ

Alphabetischer Branchenspiegel für Angebote aus Industrie, Handel, Dienstleistung und Werbung

COMPUTERSCHULUNG

c:Blick
Gemeinschaft für EDV, Training und Beratung
www.cblick.de
06151 784842

ANZEIGEN-HOTLINE
0 69 / 42 09 03-75

PRÄSENTATIONSMAPPEN

mappenmeister.de
[GEDRUCKTE QUALITÄT ZU SUPER PREISEN]

SEMINARE

ABWASSERTECHNIK
Wir machen
SEMINARE
zum ERLEBNIS!
SAG
www.SAG-Akademie.de

STAHLHALLENBAU

Stahlhallenbau · seit 1984
ANDRE-MICHELS + CO.
STAHLBAU GMBH
02651. 96200 Fax 43370
Andre-Michels.de

ZEITERFASSUNG

Zeiterfassung, Urlaubs-workflow, Betriebsdaten, Projektzeiten, Zutritt.
ti
www.time-info.de - 06151 33 90 97

Anzeigenschluss für die Juni/Juli-Ausgabe:
29. APRIL 2025

Sichern Sie sich Ihre Platzierung unter
0 69 / 42 09 03-75
oder **verlag@zarbock.de**

Mit einer Anzeige im Magazin **Wirtschaftsdialoge** erreichen Sie Ihre Zielgruppe auf höchster Entscheidungsebene.

Fordern Sie jetzt Ihr Angebot an:
Michaela Bracht-Klopfer
0 69 / 42 09 03 53
michaela.bracht-klopfer@zarbock.de

Friedrich Friedrich

Darmstädter Speditions- und Möbeltransportgesellschaft mbH

Folgen Sie uns auf Social Media:

Ihr Partner für Privat- und Firmenumzüge!

Privatumzüge

- Nah, fern & international
- Persönliche Beratung & professionelle Durchführung
- Demontage, Montage & Zwischenlagerung
- Von Mitmach- bis Full-Service
- Mitarbeiterumzüge
- Seniorenumzüge

Firmenumzüge

- Präzise Planung, minimale Ausfallzeiten
- Projektmanagement & persönliche Koordination
- Referenzen namhafter Unternehmen – auf Anfrage verfügbar

+ Labor- und Klinikumzüge

+ IT-Umzüge

Jetzt anrufen & beraten lassen: 06155 - 83670

DMS UMZUG & LOGISTIK

Friedrich Friedrich
Darmstädter Speditions- und Möbeltransportgesellschaft mbH
Wiesenstraße 5 ▪ 64347 Griesheim ▪ anfrage@friedrich-umzug.de
→ **www.friedrich-umzug.de** → **www.sb-lagerhaus.de**

move green – Umweltbewusst umziehen

Mehr Infos oder Kontakt unter:
friedrich-umzug.de